

Zivilgesellschaft **UNTER DRUCK**

am Beispiel von
*Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage*

**Netzwerkarbeit zwischen
(konstruktiver) Kritik
und offenen Angriffen**

Prof. Dr. Dierk Borstel
unter Mitarbeit von Jennifer Brückmann
Fachhochschule Dortmund



IMPRESSUM

© 2021 ~~Aktion Courage e. V.~~

Herausgeberin:

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Bundeskoordination

Bildnachweise:

Seite 15: picture alliance / Reinhold Tscherwitschke / CHROMORANGE

Seite 21: picture alliance / dpa / Google Handout

Seite 30: picture alliance / imageBROKER Hartmut Schmidt

Gestaltung:

werbeproduktion bucher

Druck:

Druckerei Mainz

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist Mitglied im



KOMPETENZNETZWERK

Demokratiebildung im Jugendalter

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Zivilgesellschaft **UNTER DRUCK**

**Netzwerkarbeit zwischen
(konstruktiver) Kritik
und offenen Angriffen**

Prof. Dr. Dierk Borstel
unter Mitarbeit von Jennifer Brückmann
Fachhochschule Dortmund

INHALTSVERZEICHNIS



Zur Bedeutung der Zivilgesellschaft und
Typologien von Kritik und Angriffen..... Seite 6



Druckfelder
von rechts Seite 13



Druckfelder
von links Seite 24



Druckfeld:
wissenschaftliche Kritik Seite 26



Druckfeld:
sonstige Angriffe Seite 29



Zusammenfassung Seite 31



Konstruktiver Umgang
mit den Angriffen Seite 32

Ausblick und Danksagung Seite 35

Literaturverzeichnis..... Seite 36

Quellenverzeichnis Seite 38

EINLEITUNG

Seit einem Vierteljahrhundert gibt es die Initiative *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* des Vereins Aktion Courage mit Sitz in Berlin. Mehr als 3.500 Schulen im gesamten Bundesgebiet tragen am Eingang das Schild der Initiative, verpflichten sich zu mindestens einer passenden Aktion im Jahr und sorgen so dafür, dass die Auseinandersetzung mit Fragen von Rassismus, Ausgrenzung und Vielfalt in den Schulen zur Regel und Selbstverständlichkeit wird.

Das Schulnetz wird ergänzt um 16 Landeskoordinationen, 104 Regionalkoordinationsstellen, eine Bundeskoordination und einer dreistelligen Zahl von Netzwerkpartner*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Aus gutem Grund bezeichnet eine Jubiläumsbroschüre des Trägervereins seine Geschichte als „Beitrag von Schüler*innen zur Demokratieentwicklung in Deutschland“ und dokumentiert vielfältige Glückwünsche ans Netzwerk.

Bekanntlich sorgt viel Ehr auch für viel Neid. Um den soll es in dieser Studie jedoch nur am Rande gehen.

Besorgniserregender sind offene und verdeckte Formen von Angriffen und Kritiken auf dieses Netzwerk und auf Aktion Courage als Trägerverein. Der Blick über den nationalen Tellerrand verrät mahnend: Wie selten zuvor steht die demokratische Zivilgesellschaft auch in (bisherigen) Rechtsstaaten unter Druck (vgl. z. B. 2018, Gessen 2020). Selbst Regierungschefs innerhalb der Europäischen Union scheuen sich nicht mehr vor der populistischen Verächtlichmachung demokratischen Engagements und Parlamente beschließen kriminalisierende Gesetze gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. u. a. Vetter 2017).

In Deutschland ist die Lage (noch) eine andere. Das Ehrenamt ist weiterhin hochgeschätzt. Bundes- und Landesprogramme versprechen die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements – allerdings nach zum Teil engen staatlichen Kriterien, die eigentlich der Idee einer freien, nicht-staatlichen Zivilgesellschaft entgegenzustehen scheinen (vgl. Borstel/Greschner 2020).

Trotzdem verändern sich auch hier Diskurswelten und zivilgesellschaftliche Träger geraten in teils öffentliche, teils verdeckte Druckfelder, werden teilweise demokratiekonform kritisiert, in Teilen aber auch schlicht verächtlich gemacht und es wird die Einstellung ihres Engagements gefordert. Sie gerät somit auch hier unter Druck und muss sich dieser Herausforderung mit großem Zeitaufwand stellen – neben ihren eigentlichen Zielen und Aufgaben.

Diese Broschüre will diese Druckfelder am Beispiel des Leitprojektes *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* von Aktion Courage näher beschreiben und analysieren. Dazu wird mit Beispielen gearbeitet, es werden ausgewählte Akteure und Strategien genannt und diese Druckfelder anhand von Kategorien sortiert. Dies dient einerseits dazu, das grundlegende Problemfeld mit empirischen Hinweisen auszuleuchten. Es soll andererseits auch zielgenaue Antworten der Zivilgesellschaft ermöglichen. Über allen schwebt der Fragekanon: Wie gestaltet sich das Druckfeld? Was davon ist demokratiekompatibel und was nicht? Wie kann den Druckfeldern konstruktiv begegnet werden?

Entsprechend ist der Beitrag gegliedert. Er beginnt mit einer theoretischen Grundlegung, analysiert dann ausgesuchte Druckfelder und endet mit der Suche nach konstruktiven Antworten.



ZUR BEDEUTUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT UND TYPOLOGIEN VON KRITIK UND ANGRIFFEN

Dieses Kapitel dient einer Grundlegung der eigenen Untersuchung. Vier Aspekte stehen in den folgenden Abschnitten im Mittelpunkt:

- › die Bedeutung der Zivilgesellschaft für das demokratische System und die Begründung der Angriffe auf sie
- › eine Typologisierung der Grundbegriffe Kritik und Angriff, deren Gemeinsamkeiten und Differenzen
- › einige Besonderheiten des untersuchten Netzwerkes
- › das methodische Vorgehen

1.1. Zivilgesellschaft, Demokratie und autoritäre Herrschaft

*Die Zivilgesellschaft entwirft ein Bild „mündiger“ oder „kompetenter“ Bürger*innen, die sich selbstbewusst einbringen und bereit sind, staatliches Handeln und Herrschaft zu hinterfragen.*

Ein stabiles demokratisches Staatssystem besteht aus drei Systemelementen, die sich einander unterstützen und ergänzen. Natürlich braucht es ein demokratisches und rechtsstaatlich fundiertes Grundsystem zum Beispiel durch die Existenz von Parlamenten, klaren Wahlverfahren und durch die Teilung der Gewalten. Stabilität erlangt es jedoch nur, wenn es auch mit „Leben“ im System gefüllt wird. Dazu braucht es Bürger*innen, die demokratische Werte teilen und im Alltag zu leben verstehen. Es braucht aber auch demokratisches Engagement in verschiedenen, demokratischen Organisationen (vgl. Himmelmann 2002).

Unter dem Begriff der Zivilgesellschaft wird vor allem solches Engagement in nichtstaatlichen Organisationen und Netzwerken verstanden. Typische Formen sind zum Beispiel eingetragene Vereine, Bürgerinitiativen, gemeinnützige Stiftungen und Gesellschaften sowie soziale Bewegungen (vgl. Schmidt 2007). Sie übernehmen im demokratischen System eine Vielzahl von Aufgaben. Zu ihnen gehören:

- › Sie dienen der sozialen und kulturellen Integration der Gesellschaft.
- › Sie übernehmen Aufgaben für die Gesellschaft, die der Staat nicht leisten kann oder will.
- › Sie kritisieren staatliches Handeln, entwickeln

Alternativen zum staatlichen Handeln und erfüllen auch oft eine Laborfunktion für Zukunftsthemen.

- › Sie sind ein Lernort für demokratisches Handeln und Leben.

Während eine autoritäre Herrschaft wahlweise auf der Idee unterwürfiger Untertanen oder abgelenkter Konsument*innen fußt, die mit dem Marktangebot zufriedengestellt sich politischer Einmischung entziehen, entwirft die Zivilgesellschaft ein Bild „mündiger“ oder „kompetenter“ Bürger*innen, die sich selbstbewusst und politisch einbringen und bereit sind, staatliches Handeln und damit auch Herrschaft zu hinterfragen (vgl. Münkler 1997, Limbach 2003: 23ff).

Für autoritäre Herrscher kommt dieses Bild des Bürgertums einer offenen Bedrohung gleich. Auch zeigt die Geschichte der Idee der Zivilgesellschaft beispielsweise in der osteuropäischen Dissident*innenszene die Langatmigkeit eines solchen Handelns als quasi ewiger Stachel im Wissen und Gewissen autoritärer Herrschaft. Es überrascht daher nicht, dass sich das Interesse entsprechender Herrschaftssysteme meist schon zu ihrem Beginn neben der Gleichschaltung der Presse auf eine möglichst breit gefächerte Ausschaltung der kritischen, das heißt zumeist auf staatliches Handeln bezogenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerke richtet (vgl. das Beispiel Ungarn: Müller 2013).

NEGATIVES FRAMING

Ein typisches Mittel der Wahl ist dabei – neben den offenen Verboten – ein negatives Framing. Damit ist eine Diskursstrategie gemeint, die an dieser Stelle einen bestimmten Akteur durch wiederholte, öffentliche Kontextualisierung mit bestimmten Eigenschaften kennzeichnet und damit seinen öffentlichen „Ruf“ bestimmt (vgl. Oswald 2019). Framing kann dabei positive wie negative Zuschreibungen enthalten, sich mehr oder weniger an Fakten orientieren oder auf Lügen beruhen. Ihr Adressat ist die öffentliche Meinung. Negative Zuschreibungen beispielsweise als vermeintliche „kriminelle Vereinigung“, „extremistisch“ oder „gewaltorientiert“ dienen dazu, dem betroffenen Akteur die öffentliche Unterstützung und damit den gesellschaftlichen Rückhalt für sein Handeln zu entziehen. Sie gehen in autoritären Systemen oft der Kriminalisierung

und später folgenden Verboten voraus – schaffen de facto den nötigen, gesellschaftlichen Rückhalt und damit die Voraussetzungen für entsprechende Handlungen. Solche Angriffe auf Träger der demokratischen Zivilgesellschaft starten dabei nicht erst mit der Machtübernahme entsprechender Systeme. Das „Abarbeiten am Feind“ ist vielmehr ein Wesensmerkmal unterschiedlicher Ausformungen von Radikalisierungen unterschiedlichen Inhalts.

SHRINKING SPACES

In der Forschung zum deutschen Rechtsextremismus und -populismus wird zunehmend mit dem Begriff der „shrinking spaces“ operiert (beispielhaft: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1/2019). Dieser stammt ursprünglich aus der Entwicklungshilfe und beschreibt Prozesse abnehmender Handlungsfähigkeit und die Begrenzung von Handlungsräumen für zivilgesellschaftliches Handeln beispielsweise durch Kriege oder auch staatliche Wandlungen in Richtung autoritärer Herrschaften oder Diktaturen. Grundlegende empirische Untersuchungen zu dieser Entwicklung stehen aber noch aus.

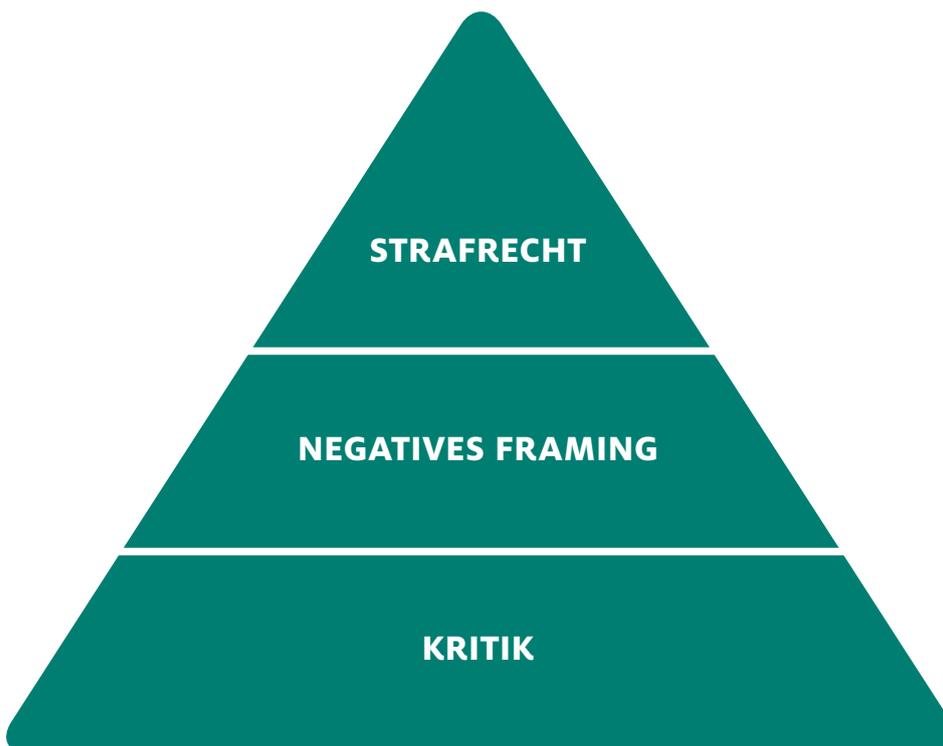
Fallgeschichten liegen unter anderem von ehrenamtlichen Bürgermeister*innen (vgl. Nierth/Streich 2016, Neubauer 2019) sowie – jedoch älterer Natur

– für regionale Räume vor (vgl. Theune/Borstel 2008, Borstel 2011, Schellenberg 2013, Quent/Schulz 2015). Aktuellere, theoriegeleitete Hinweise zum Phänomen liefern Heitmeyer/Freiheit (2020) und begründen diese vor allem mit Statistiken zu Straftaten, können so jedoch nur das Hell- und nicht das Dunkelfeld lokaler und regionaler Interaktionen abdecken. Abnehmende Spielräume für zivilgesellschaftliches Handeln würden dabei zu einer deutlichen Abnahme der demokratiefördernden Wirkungen der Zivilgesellschaft beitragen (vgl. Graf Strachwitz 2014) und auch das konkrete Handeln in örtlichen Netzwerken erheblich erschweren (vgl. Heitmeyer 2013). Diese Studie versucht somit auch für diesen Theoriediskurs erste empirische Fundierungen zu liefern.

1.2. Typologien von Kritik und Angriffen

In dieser Studie soll von Kritik, Framing und Angriffen gesprochen werden. Was ist damit aber konkret gemeint? Wie lassen sie sich typologisieren und welche Kategorien zur Einordnung gibt es?

Es lassen sich zwei äußere Enden in der theoretischen Einordnung markieren. Die Spannweite reicht von Kritik über Negativ-Framing bis zu strafrechtlich relevanten Handlungen.



Wer sich an öffentlichen Diskursen beteiligt, öffentlich auftritt und öffentlich finanziert wird, darf im Rahmen eines demokratischen Diskurses pointiert kritisiert werden. Dazu gehört auch grundsätzliche Kritik beispielsweise an dem methodischen Ansatz, den verwendeten, theoretischen Konzepten oder den realen Ausführungen in der Praxis. Solche Kritiken dürfen grundsätzlicher Natur sein. Die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit gilt auch für Kritik an zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie deckt auch satirische und humorvolle Formen der Konfrontation, darf robust, pointiert und ironisch sein. Dies ist der eine Pol des hier verwendeten Spektrums.

In diesem konkreten Fall, mit Blick auf *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, ist jedoch zu bedenken, dass sich das Netzwerk nicht primär als politischer Akteur begreift, der von sich aus aktiv politische Stellungnahmen oder tagesaktuelle politische Forderungen vornimmt. Anders als zivilgesellschaftliche Akteure wie zum Beispiel die Amadeu Antonio Stiftung, die diesbezüglich deutlich offensiver agieren. Eine solche Selbstpositionierung schützt nicht vor Kritik, macht aber einen Unterschied im Detail, da sich das Netzwerk nur in Ausnahmefällen zu tagespolitischen Fragen äußert und diesbezüglich auch nicht Teil des allgemeinen Diskurses zu entsprechenden Fragen ist.

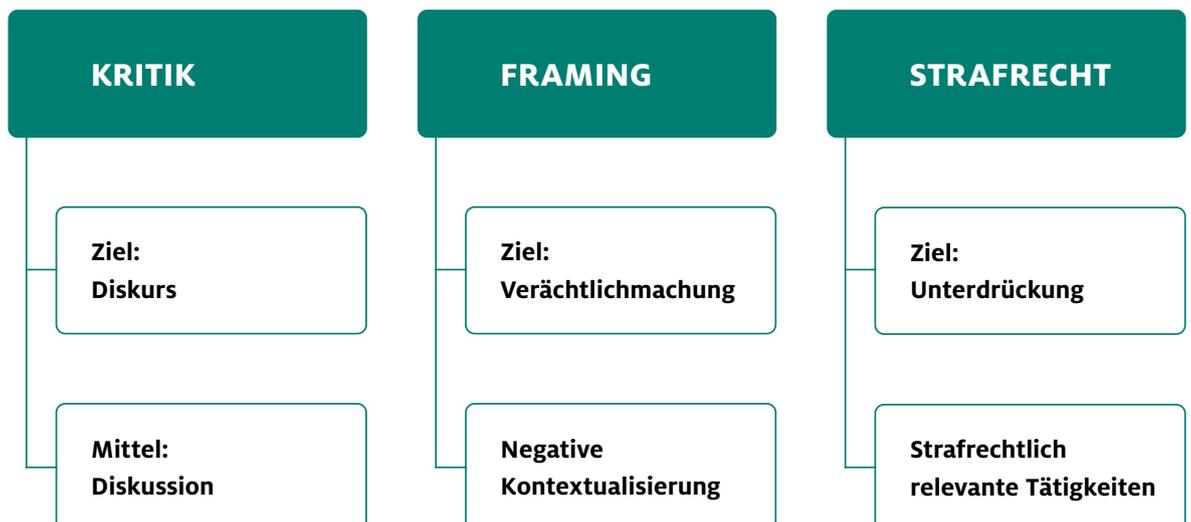
Der entgegengesetzte Pol zur Kritik setzt sich aus strafrechtlich relevanten Positionen und Handlungen zusammen. Sie können sich gegen materielle Dinge richten (Sachbeschädigungen / § 303StGb),

umfassen aber auch Erscheinungen, die sich vorrangig gegen Personen richten, wie zum Beispiel Beleidigungen (§ 185 StGb), Formen übler Nachrede (§ 186StGb) oder verschiedene Abstufungen von Bedrohungen (§ 241 StGb). Zumeist bezieht sich das Strafgesetzbuch auf einzelne Menschen und ist nur in Teilen auf Organisationen als Ganzes anwendbar.

Zwischen den beiden Polen wird es in dieser Studie insbesondere um Angriffe auf das Netzwerk und Netzwerkpartner*innen gehen, die (noch) nicht strafrechtlich relevant sind, aber auch nicht auf einen demokratischen Diskurs zielen, sondern vor allem der strategischen Verächtlichmachung von Träger, Organisation, Netzwerk und Idee dienen und das Ziel verfolgen, mit bestimmten Kontextualisierungen die Arbeit des Netzwerkes mindestens zu erschweren und am besten zu verunmöglichen. Dazu gehört auch die schlichte Beschäftigung entsprechender Akteure und dadurch bedingte Bindung von Ressourcen und Kapazitäten in der Dauerabwehr diskursiver Angriffe.

Das übliche Mittel der Wahl ist dabei ein Framing in Bezug auf den Träger und das Netzwerk, was dazu dient, geschäftsschädigende Gerüchte zu streuen und Geldgeber*innen und Partner*innen zu verunsichern. Ein beliebtes Mittel ist die Umkehrung von Zuweisungen zum Beispiel als „ausgrenzend“, „gewalttätig“ oder „extremistisch“.

In dieser Studie werden diese drei Grundtypen verwendet:



Einige Beispiele sollen diese Differenzierung verdeutlichen:

Beispielaussage 1: „Das Netzwerk arbeitet mit einem veralteten Bild vom Rassismus, weil es aktuelle Forschungen und Weiterentwicklungen zu wenig berücksichtigt.“

Eine solche Aussage wäre eine fachliche Kritik, die richtig oder falsch sein, bestätigt oder zurückgewiesen werden. Sie ist auf jeden Fall zulässig.

Beispielaussage 2: „Das Netzwerk unterstützt offensiv gewalttätige Organisationen und verleitet junge Menschen dazu, sich dschihadistischen Gruppierungen anzuschließen.“

Eine solche haltlose Aussage würde dem negativen Framing dienen. Das Netzwerk soll ohne Belege und Anhaltspunkte als „gewalttätig“ und „extremistisch“ gekennzeichnet werden.

Beispielaussage 3: „Die Mitarbeiter des Netzwerkes gehören standesrechtlich erschossen.“

Das wäre ein Beispiel für eine strafrechtlich relevante Aussage.

Wichtig und bedeutend für diese Studie ist, dass an keiner Stelle von einer Gleichsetzung der drei Bereiche gesprochen werden kann – im Gegenteil. Sie dient der Differenzierung unterschiedlicher Auseinandersetzungen und schafft somit einerseits Übersicht und andererseits erleichtert sie (hoffentlich) das konkrete Handeln.

Inhaltliche Kritik am Netzwerk, Ansatz oder der konkreten Praxis eines solchen Netzwerkes kann für die beteiligten Personen durchaus unangenehm und auch schmerzhaft sein. Sie kann sich auch „wie ein Angriff anfühlen“, ohne einer zu sein. In solchen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken investieren tausende Menschen viel Energie, Arbeit und Freizeit und identifizieren sich oft mit diesem Tun. Nicht immer gelingt es dann, zwischen einem „Angriff“ und einer „Kritik“ sachlich und ohne Emotionen zu unterscheiden – vor allem dann nicht, wenn die Kritik „scharf“ und/oder polemisch zuspitzend formuliert ist.

Diese Studie will dabei helfen, solche Auseinandersetzungen zu sortieren, weil Kritik und Angriffe völlig unterschiedliche Antworten verdienen. Kritik kann sachlich angenommen oder auch zurückgewiesen werden. Sie öffnet im besten Fall einen fachlichen Diskurs. Bei Angriffen ist das anders: Sie dienen alleine der Blockade und Zerstörung des Engagements und nicht der Qualitätsentwicklung. Kritik und Angriffe verfolgen somit völlig unterschiedliche Ziele.

Für alle drei Kategorien gilt in der Praxis, dass nicht immer ganz klar herauskristallisiert werden kann, ob sich die Kritik, das Framing oder auch Straftaten gegen das Netzwerk oder einzelne Akteure innerhalb des Netzwerkes richten. Wichtig ist zudem, dass bei der Größe des Netzwerkes unterschiedliche Sichtweisen innerhalb des Netzwerkes wahrscheinlich sind. Was dem einen bereits Alltag ist, an dem er oder sie sich gewöhnt hat, kann von jemand anderem völlig anders bewertet werden. Wahrscheinlich sind auch unterschiedliche Sichtweisen je nach Organisationseinheit: Die Bundeskoordination beschäftigt sich möglicherweise mit übergeordneten Themen mehr als regionale Einheiten, die den jeweils konkreten Kontext betrachten müssen.

Als Richtlinie wurde deshalb bestimmt, dass ein Bezug zum Netzwerk immer gegeben sein muss. So ist ein angezündeter Mülleimer auf dem Schulhof einer Courage-Schule in der Regel kein Angriff auf das Netzwerk. Wird hingegen die Fahne mit dem Logo des Netzwerkes verbrannt, ist selten von einem Zufall auszugehen. Trotzdem muss in jedem Einzelfall der individuelle Kontext betrachtet und bewertet werden. Ist dies nicht möglich, wird es in der Studie gekennzeichnet.

POLITISCH VERSUS RELIGIÖS

Neben Kritik, Framing und strafrechtlich relevante Tat/Äußerung gehört auch die Unterscheidung, ob die Handlungen politisch und/oder religiös motiviert sind, zur nötigen Differenzierung. Vor allem bei den Angriffen auf das Netzwerk werden Begriffe wie Rechtsextremismus, Rechtspopulismus oder auch Druckfelder von links verwendet. Da die Auseinandersetzungen um diese Begriffe an anderer Stelle ausführlich erfolgt, sollen hier nur die eigenen Bezüge kurz skizziert werden: Die Extremismustheorie von Backes/Jesse (Backes/

Angriffe dienen alleine der Blockade und Zerstörung des Engagements und nicht der Qualitätsentwicklung. Kritik und Angriffe verfolgen somit völlig unterschiedliche Ziele.

Jesse 1993) findet in dieser Studie keine Anwendung und wird an anderer Stelle ausführlich und konstruktiv in Frage gestellt (vgl. Neugebauer 2000 und in Bezug auf den Autor dieser Studie in: Borstel 2011: 34ff). Sie zielt in ihrem Kern auf die Gefährdung staatlicher Strukturen und Handlungsfähigkeiten durch „Extremist*innen“ am linken und rechten politischen „Rand“ und ist neben vielen anderen Kritikpunkten für eine Studie mit zivilgesellschaftlichem Schwerpunkt wenig geeignet.

Stattdessen wird sich beim Rechtsextremismusbegriff auf das grundlegende Verständnis von Heitmeyer bezogen (vgl. Heitmeyer 1992: 13f). Seine Theorie hat ihren Ursprung in sozialarbeiterischen und pädagogischen Debatten und blickt vor allem auf die Ideologie- und Handlungsebene der Rechtsextremist*innen. Zwei zentrale Aspekte müssen für ihn dabei vorhanden sein, um den Begriff zu verwenden: die Ideologie der Ungleichwertigkeit sowie eine Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Der Titel *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* bedeutet nicht, dass es keinen Rassismus an der Schule gebe.

Umstritten ist auch der Begriff des Rechtspopulismus. Er basiert auf der Analyse einer seit den achtziger Jahren neu entwickelten, europäischen Parteifamilie mit Schwerpunkten in Frankreich (Früher Front National), Österreich (Freiheitliche Partei Österreich) aber auch Ablegern in den skandinavischen Staaten und derweil in fast allen europäischen Ländern. Erste Analysen sahen in ihnen zunächst „nur“ rechtsextreme Parteien, die moderner und volkstümlicher zu kommunizieren gelernt hätten. Andere Autor*innen, in Deutschland vor allem Frank Decker, dessen Begriffsverständnis in dieser Studie verwendet werden soll (Decker 2004), widersprachen und sahen keine alte Bewegung im neuen Gewand, sondern eine neue Bewegung mit zum Teil rechtsextremen Ideologiemomenten, aber auch mit neuen Themen, Diskursstrategien und Selbstverständnissen. Ein wesentlicher Unterschied zum Rechtsextremismus sieht Decker darin, dass diese Parteien sich selbst nicht als „Antidemokraten“ bezeichnen, sondern als „wahre Demokraten“. Sie bekämpfen auch nicht offen demokratische und rechtsstaatliche Grundlagen, sondern sehen sich als deren Verteidiger gegen „abgehobene Eliten“ und andere vermeintliche Feinde des Volkes, in dessen Namen sie zu agieren meinen. In mehreren Ländern boten Parteien dieser Richtung auch Koalitionen zur Regierungsbildung an – ein „No Go“ für

überzeugte Rechtsextremist*innen. Derweil wird auch dieses Verständnis von „Populismus“ kritisiert. Es sei verharmlosend, meint unter anderem Wilhelm Heitmeyer. Es unterschätze den Willen dieser Parteien zur Zerstörung demokratischer Kulturen und Strukturen, gerade durch die Teilnahme, Besetzung von Positionen und damit vom Inneren des Systems aus und nicht von außen gegen das System. Er bezeichnet diese Strömungen deshalb als autoritären Nationalradikalismus (Heitmeyer 2018: 231ff) und die Studie wird zeigen, dass dieser Aspekt überlegenswert ist.

Andere Begriffe werden in dieser Studie erheblich weniger Gewicht haben und sollen deshalb nur kurz mit Hinweisen auf die dazu grundlegende Literatur erwähnt werden. Theoretische Konzeptionierungen zum Islamismus liefern unter anderem Neumann (2017), zum Dschihadismus Priester (2017) und zur linken Radikalisierung und Militanz unter anderem Jaschke (2001 a und b). Zu antipluralistischen Strömungen mit christlichen Bezügen in Deutschland gibt es erstaunlich wenig Forschungen. Einblicke mit journalistischem Blick bietet immerhin ein Band von Bednarz (2018).

1.3. Aktion Courage und das Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*

Aktion Courage ist der Trägerverein der Bundeskoordination und damit des Netzwerkes *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (SOR-SMC). An dieser Stelle sollen einige seiner Grundsätze aufgeführt werden, die unmittelbare Bezüge zum Untersuchungszweck aufweisen.

- › Die Schulen bewerben sich freiwillig um die Teilnahme und brauchen dafür per Abstimmung die Unterstützung von 70 Prozent aller Statusgruppen der Schule. Eine Zwangsverpflichtung gibt es nicht.
- › Der Titel bedeutet nicht, dass es keinen Rassismus an der Schule gebe und dies womöglich noch geprüft worden sei. Er signalisiert den Anspruch der Schule, sich der Thematik regelmäßig zu stellen und entsprechende Angebote zu unterbreiten.
- › Das Netzwerk ist explizit überparteilich und nicht an eine bestimmte Konfession, Partei, Gewerkschaft oder ein Unternehmen gebunden.

Es versteht sich auch nicht als politisch „rechts“ oder „links“ stehend, sondern ist offen für alle Menschen und Partner*innen, die die Grundwerte des Netzwerkes teilen.

- › Normativer Ausgangspunkt jedes Handelns ist die Vorstellung der prinzipiellen Gleichwertigkeit der Menschen im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes sowie der unveräußerlichen Menschenrechte. Damit verbunden ist eine Kritik an allen Ideologien der Ungleichwertigkeit, zu denen neben dem im Namen erwähnten Rassismus unter anderem Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit, Antiziganismus und Sexismus gehören.
- › Offensiv vertritt das Netzwerk Menschenrechte wie die Religionsfreiheit. Es betrachtet Religionen mit grundsätzlichem Respekt und Neugierde und sortiert sie nicht nach „zugehörig“ oder gar „nicht zugehörig“.

Das Netzwerk dürfte zu den größten zivilgesellschaftlichen Netzwerken im Feld der Demokratieentwicklung zählen und genießt entsprechende Aufmerksamkeit.

1.4. Frühere Druckfelder auf das Netzwerk

Diese Untersuchung konzentriert sich auf die Angriffe im Zeitraum der Jahre ab 2016. Neu sind dem Netzwerk solche Auseinandersetzungen jedoch nicht. Vor allem Angriffe – zum Beispiel anonyme Briefe, Schmierereien – mit mal beweisbaren, mal anhand der Umstände zu vermutenden rechten bis rechtsextremen Hintergründen sind auf ein Netzwerk, das sich gegen Rassismus richtet, nicht überraschend.

Vor allem Publikationen stießen in früheren Zeiten auch jenseits des offen rechtsextremen Spektrums auf aggressive Abwehr. In besonderer Weise galt das für Gruppierungen und politische Strömungen, die zuvor in den Publikationen kritisiert wurden. Besonders, wenn Haltungen und Werte, die das Netzwerk offensiv verteidigt, wie das Recht der eigenen sexuellen Orientierung entsprechend zu leben und zu lieben, nicht ihren religiös-politischen Normen entsprachen.

Dies waren in der Vergangenheit einerseits christlich-fundamentalistische Gruppierungen und andererseits Organisationen des islamistischen Spektrums.

In beiden Strömungen dient Religion zur Legitimation politisch-autoritärer Forderungen, die auf eine Deliberalisierung der Gesellschaft und Einschränkung grundgesetzlich garantierter Freiheiten zielen. Beide forderten zunächst eine Rücknahme beziehungsweise Korrektur der jeweils von ihnen kritisierten Publikation. Da keine weitreichenden Korrekturen vorgenommen wurden und die Publikationen im Umlauf blieben, wurden anschließend Partner*innen und Unterstützernetzwerke mobilisiert, um Druck vor allem auf die Bundeskoordination aufzubauen. Dies geschah in Form von Briefen, Anrufen bei Geldgebern und offenen (aber nicht zu beweisenden) Drohungen gegenüber einzelnen Personen des Netzwerkes.

Solche Strömungen reagieren vor allem anlassbezogen auf das Netzwerk, arbeiten sich aber nicht dauerhaft am Netzwerk ab. Das unterscheidet diese Angriffe von jenen aus dem rechtsextremen Spektrum. Hier gibt es eine nahezu ungebrochene Kontinuität der aggressiven Auseinandersetzung.

1.5. Methodischer Ansatz dieser Untersuchung

Diese Untersuchung basiert auf einer Textanalyse angelehnt an die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. Mayring 1983). Folgende Kategorien lagen der Untersuchung zugrunde:

- › *Formen der Kritik*
- › *Formen des Framings*
- › *strafrechtliche Relevanz*
- › *sonstige Angriffe*
- › *Argumentationsweisen*
- › *Medienstrategie*

Ergänzt wurden sie durch folgende Kategorien, die sich aus dem Untersuchungsmaterial ableiten lassen:

- › *genaue Zielrichtung*
- › *Welche Ideologie der Ungleichwertigkeit steht im Mittelpunkt?*
- › *religiöser Hintergrund*

- > *politischer Hintergrund – rechts*
- > *politischer Hintergrund – links*

Das vorliegende Datenmaterial im Umfang mehrerer Aktenordner wurde von der Geschäftsstelle von Aktion Courage gesammelt und umfasst folgende Materialien:

- > *Presseberichte, öffentlich zugänglich*
- > *interne Schreiben von Netzwerkpartner*innen*
- > *Reden, Anträge und weitere Beiträge aus den Landesparlamenten sowie dem Bundestag*
- > *Onlineveröffentlichungen, Videos und Hinweise in soziale Medien*

Hinzu kommen Gedächtnisprotokolle von zwei Gesprächen mit Vertreter*innen der Bundeskoordination.

Geplant war ursprünglich eine Befragung ausgewählter Netzwerkpartner*innen des Netzwerkes in den Ländern und ausgesuchten Kommunen. Diese Befragung konnte aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden.

Im Fließtext werden die Quellenangaben nummeriert, in Klammern angegeben (z. B. Q01, Q02, Q03) und im Quellenverzeichnis dokumentiert, so die Quelle nicht als Ganzes im Text genannt ist. Einige dieser Quellen stehen beispielhaft für andere, worauf im Text verwiesen wird. Dies soll die Lesbarkeit vereinfachen.



DRUCKFELDER VON RECHTS

Es erfolgt an dieser Stelle keine Dokumentation aller Angriffe und Kritiken, sondern eine Analyse der Art und Weise entsprechender Angriffe und Kritiken. Wo das Datenmaterial quantifizierbare Ergebnisse zulässt, erfolgen diese mit entsprechender Kennzeichnung.

2.1. Die Partei Alternative für Deutschland und Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Mit dem Erstarken und den bundesweiten Wahlerfolgen der AfD konnte der parteiförmige, autoritäre Nationalradikalismus Unterstützungsstrukturen seiner Politik finanzieren, Verbündete unter anderem aus dem Kreis engagierter Studierender integrieren und jungen Kräften Anstellungen und Karriereperspektiven anbieten. Heitmeyer arbeitet in einer seiner jüngsten Studien heraus, dass es diesen politischen Bewegungen und deren Parteien nicht um eine konstruktive Reform innerhalb eines liberalen Staates und einer offenen Gesellschaft gehe, sondern um deren Unterdrückung und Überwindung (vgl. Heitmeyer 2018). Dazu verfahren deren Träger mehrgleisig: Sie nutzen ihre parlamentarischen Möglichkeiten zur Besetzung von Positionen innerhalb des Systems, um es von innen auszuhöhlen. Sie setzen auf normative und diskursive Normalitätsverschiebungen, deren bekanntester Satz wohl lautet: „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“. Sie setzen aber auch Repräsentant*innen und Träger einer offenen Gesellschaft unter Druck, bezweifeln deren Legitimität und Professionalität (vgl. ebenda).

Gängiges Mittel der Wahl ist ein offensives, negatives Framing mit dem Ziel der Verächtlichmachung durch permanentes, negatives Markieren in der Öffentlichkeit. Dieser Hintergrund ist wichtig, um die Permanenz, Breite und den Umfang der AfD-Tätigkeiten in Bezug auf das Netzwerk verstehen zu können (vgl. ebenda, S. 277ff).

AFD-BILDUNGSPOLITIK – EINIGE ECKPUNKTE

Die Bildungspolitik der AfD stellt sich gegen zahlreiche Bildungsreformen der letzten Jahrzehnte und Grundsätze liberaler Schulentwicklungen. An

die Stelle eines inklusiven Grundgedankens tritt die Idee einer sehr eng definierten, leistungsorientierten Förderung und die frühe Trennung der Schüler*innen. Vor allem sollen wieder (mehr) Schulformen unterschieden werden. Bloß das Abitur auf dem Gymnasium soll zum Studieren befähigen und die Zulassung an einer Hochschule ermöglichen (vgl. Hafener u. a. 2020). Der Hauptschulabschluss und der Realschulabschluss sollen allein „zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen“. Auch Förder- und Sonderschulen sollen so „als wichtiges Element einer bedarfsgerechten Bildungslandschaft erhalten bleiben“ (vgl.: <https://www.afd.de/bildung-schule/>).

Auch inhaltlich wird ein „Zurück“ in frühere Zeiten gefordert, wenn es heißt: „Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule“ (vgl. hier und nachfolgend: <https://www.afd.de/bildung-schule/>). Die AfD wirft der deutschen Schulpolitik vor, „die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben“ bei den Schüler*innen zu fördern und setzt dem die Forderung entgegen: „Leitbild der schulischen Bildung muss der selbstständig denkende Bürger sein“. Konkret wird die Partei dazu an dieser Stelle nicht.

Wenig überraschend lehnt sie auch jeden Islamunterricht an den Schulen ab und begründet dies damit, dass „die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen“ (ebenda).

Es verwundert angesichts solcher Grundlagen nicht, dass auch die Internationalisierung der Schuldebatten zurückgeführt werden soll. Vergleichsmöglichkeiten wie die bekannten Pisa-Studien sollen nicht mehr durchgeführt werden. Die Partei interpretiert solche Ziele als „Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens“ (ebenda), denen sie entgegenzutreten verspricht.

Im Hochschulbereich will die Partei zentrale Bereiche des europäischen Bologna-Prozesses wieder verlassen. Dazu gehört die Reaktivierung von Diplom- und Magisterabschlüssen, aber auch die Beendigung des modularen Aufbaus der Studiengänge. „Deutsch“ soll dabei als „Wissenschaftssprache“ erhalten bleiben (ebenda).

ÜBERGEORDNETE KAMPAGNE „NEUTRALITÄT“ UND DAS AFD-MELDESYSTEM

In nahezu allen Auseinandersetzungen der AfD mit dem SOR-SMC-Netzwerk findet sich der Hinweis auf die vermeintlich umfassende Neutralitätspflicht der Schulen (vgl. 01). Sie wird in der Regel auf den Beutelsbacher Konsens der politischen Bildung bezogen (ebenda). Die AfD leitet es aus den Prinzipien des Überwältigungsverbots, der Kontroversität und der Schülerorientierung ab, dass eine „einseitige“ Beschäftigung zum Beispiel mit rechtspopulistischen Parteien im Unterricht unzulässig sei (vgl. ebenda). Ebenso dürfe es keine Sonderbehandlung von in demokratischen Wahlen legitimierten Parteien geben. Dies geschehe beispielsweise bei einer Nichteinladung einer relevanten Partei zu schulischen Veranstaltungen, auf denen Vertreter*innen unterschiedlicher Parteien vertreten wären. Dem SOR-SMC-Netzwerk wirft sie diesbezüglich „linke Indoktrination an unseren Schulen“ (Q02) vor, die zu beenden sei.

Aufbauend auf dieser Grundargumentation verkündete die AfD den Aufbau eines parteieigenen Meldesystems, an das vermeintliche Verletzungen des Neutralitätsgebots von Schulen anonym gemeldet werden könnten. Die AfD würde sich dann um Aufklärung und gegebenenfalls rechtliche Klärung der Geschehnisse kümmern.

Es überraschte nicht, dass dieses Meldesystem aus dem Kreis der Courage-Schulen kritisiert wurde. Verurteilt wurde eine Verschiebung staatlich gesicherter und rechtlich eindeutiger Zuständigkeiten für schulische Beschwerden zu einer politischen Partei. Befürchtet wurde auch ein Klima anonymen Anklagen, Petzen und Bespitzelungen und schon gar nicht schien eine Partei mit rechtsextremem Flügel ein geeigneter Partner für die Sicherstellung einer demokratischen Kultur an Schulen zu sein.

Das Meldesystem selbst erwies sich nach einigen Monaten eher als ein lose geknüpfter Flickenteppich, denn als gut organisierte Struktur. In mehreren Bundesländern boten wahlweise die Landesfraktionen oder auch nur einzelne Abgeordnete an, entsprechenden Beschwerden nachzugehen. Einzelne AfD-Akteure verzichteten zunächst auf eine Teilnahme oder lehnten diese sogar ab (vgl. beispielhaft Q03).

Trotzdem zeigten sich an einigen Schulen auch zeitweilige Unsicherheiten vieler Lehrkräfte, die zu nächst schwer einschätzen konnte, welche Folgen eine Meldung für sie vielleicht haben könnte (vgl. Erziehung und Wissenschaft 3/2020, S. 17-26). An vielen Courage-Schulen führten Schüler*innen Gegendemonstrationen und Informationsveranstaltungen durch. Ihr Leitmotiv lautete: „Schule ohne Denunziation – Schule mit Courage“ (vgl. Q04).

An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass das Meldesystem sich an alle Schulen richtete und nicht alle Meldungen das Courage-Netzwerk betrafen.

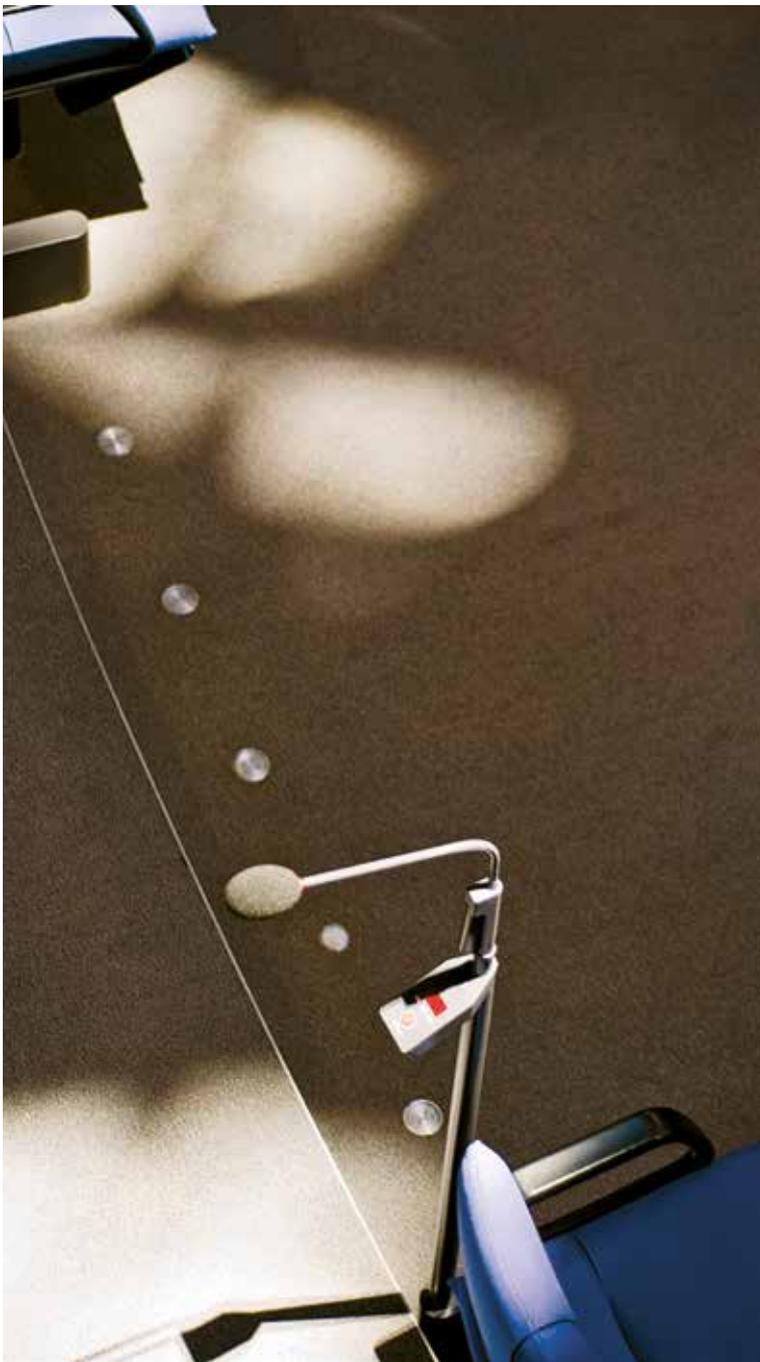
2.2. Konkrete Auseinandersetzung mit dem Courage-Netzwerk

AfD-Abgeordnete und -Fraktionen verwenden für ihre konkrete Auseinandersetzung mit dem Courage-Netzwerk unter anderem folgende Mittel:

- > Kleine Anfragen in diversen Landtagen
- > Kleine Anfragen im Bundestag
- > Pressemitteilungen
- > Hinweise in den sozialen Medien der Partei
- > Reden in Landtagen
- > Briefe an die Bundeskoordination
- > Briefe an Partner*innen des Netzwerkes
- > Briefe an teilnehmende Schulen

Um die Aktivitäten und Inhalte besser analysieren zu können, wurden mehrere Kategorien gebildet. Einige Aktivitäten bedienen sich mehrerer Kategorien. In dieser Studie soll keine Vollständigkeit hergestellt, sondern eine Übersicht vor allem über die Qualität der Angriffe gegeben werden.

Im Mittelpunkt dieser Analyse stehen die Anfragen der AfD-Fraktionen in den Landtagen sowie im Bundestag. In Klammern finden sich jeweils Ausschnitte aus entsprechenden Schriftstücken. Zwar finden sich auch in den sozialen Medien der AfD viele Verweise auf das Courage-Netzwerk. Sie brachten jedoch keinen gesonderten Erkenntnisgewinn zur inhaltlichen Qualität der Angriffe und den Argumentationen bei kritischen Darstellungen. Sie dienten mehr der Konzentration von Kernanliegen und waren somit eher Zusammenfassungen und Pointierungen und keine Ergänzungen mit eigener, inhaltlicher Qualität, die es gelohnt hätte, gesondert aufzuführen.



TYOLOGIEN DER ANGRIFFE

Folgende Kategorien konnten aus den untersuchten Materialien abgeleitet werden:

- a) Linksextremismusverdacht
- b) Neutralitätsdebatte
- c) Gezielte Personenangriffe
innerhalb des Netzwerkes
- d) Strukturangriffe

Herausgenommen aus der Analyse von Angriffen wurden jene Anfragen und Papiere, die der Informationsbeschaffung zum Netzwerk und dessen Träger dienten. Zwar ist aus der Rechtsextremismusforschung hinlänglich bekannt, dass rechtsextreme Parteien das Mittel der parlamentarischen Anfrage nutzen, um einerseits ihre „Feinde“ auszukundschaften und ihnen andererseits zu signalisieren, dass man sie im Blick habe (vgl. z. B. Hafener/Schönfelder 2007). Nicht selten führt dies zu einem Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements und Angst bei den Betroffenen (vgl. z. B. Borstel 2011: 435). Ein Übertrag auf die AfD wäre aber zu diesem Zeitpunkt noch verfrüht, da entsprechende Forschungen dazu bisher nicht vorliegen. Zu betonen ist auch das Recht und die Aufgabe einer parlamentarischen Opposition unter anderem mit dem Mittel der Anfrage, Themen zu setzen und auch Regierungs- und Verwaltungshandeln zu kontrollieren. Da das Netzwerk öffentliche Gelder empfängt, sind entsprechende Informationsfragen beispielsweise zu den Zielen, Aktivitäten, konkreten Verwendungen, beteiligten Schulen und Umsetzungen vor Ort legitim. Folgende Anfrage gibt dafür ein Beispiel:

Ausschnitt aus: Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rolf Weigandt (AfD) aus dem sächsischen Landtag, Drucksache 7/940
„Frage 1: Welche Schulen gehören aktuell dem Netzwerk ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ im Freistaat Sachsen an? (...)
Frage 2: Welche Projekte und Veranstaltungen wurden im Rahmen des Netzwerkes der sogenannten Courage-Schulen in den vergangenen drei Jahren durchgeführt? (...)
Frage 3: In welcher Höhe wurde das Netzwerk ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ in den vergangenen fünf Jahren vonseiten des Freistaats gefördert und wozu wurden die ausgegebenen Mittel verwendet?“

Davon zu unterscheiden sind jene Anfragen, die offensichtlich nicht einer allgemeinen Informationsbeschaffung dienen, sondern Framing zur Verächtlichmachung des Netzwerkes betreiben.

a) Linksextremismusverdacht

Ein gängiges Mittel von rechtspopulistischer Seite ist die Umkehrung des – häufig auf sich selbst gerichteten – „Extremismusverdachts“ und seine Umlenkung auf „den Feind“. Kritiker*innen und Gegner*innen der eigenen Position wird dann wahlweise fehlende Distanz, Nähe oder Integration in linksextreme Netzwerke vorgeworfen. Entsprechend formuliert sind ausgewählte Anfragen der AfD.

Ausschnitt aus: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD) vom 22. August 2017 im Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/12127 zum Thema Linksextremistische Netzwerke in Berlin
„46. Kam es seit 2010 zu Fällen von öffentlicher Unterstützung linksextremistischer Organisationen, Personen, Veranstaltungen oder Aktionen durch zum jeweiligen Zeitpunkt aktive, ehemalige oder spätere Mitglieder der Aktion Courage e. V.?“

Die an das Netzwerk gerichteten Vermutungen lauten unter anderem:

- > „linke Indoktrination“ durch das Netzwerk (vgl. Q02)
- > Verstrickung in linksextreme Netzwerke (vgl. Q05)

Vereinzelt gibt es auch indirekte Anspielungen. So seien zwei Mitarbeiter*innen der Bundeskoordination früher bei der von der AfD als „linksextrem“ eingestuften „tageszeitung“ tätig gewesen oder hätten Funktionen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bekleidet, was suggeriere, dass es heute zu linksextremen Strömungen keine Distanz gebe. In anderen Anfragen wird Aktion Courage mit der Kampagne der AfD gegen die Amadeu Antonio Stiftung verknüpft (vgl. Q01).

Entsprechende Anfragen werden von den Landesregierungen durchgehend abschlägig beschieden. Die AfD wird hier auch kaum auf reale Informationen hoffen. Es geht ihr vielmehr um ein gezieltes Framing, in dem eine Nähe zum Linksextremismus

oder zu Gruppen von vermeintlich linker Militanz diskursiv hergestellt werden soll. Auch die Bundestagsfraktion bediente sich dieses Ansatzes und stellte eine entsprechende Anfrage:

Ausschnitt aus: Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (Drucksache 19-5247) aus dem Jahr 2018:

„7. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über eine Zusammenarbeit des Vereins Aktion Courage e. V. mit dem linksextremistischen Spektrum zugehörigen Organisationen?“

b) Neutralitätsdebatte

Eine Kernargumentation der AfD gegenüber Aktion Courage lautet, dass unter Bezugnahme auf den Beutelsbacher Konsens Schule ein politisch neutraler Raum zu sein habe. Das Netzwerk von SOR-SMC verletze diesen Grundsatz, „indoktriniere“ die Schüler*innen mit linker, politischer Ideologie (vgl. Q01).

Ausschnitt aus: Drucksache 7/2880 vom 16.5.2015 aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt mit dem Titel „Linke Indoktrination an unseren Schulen beenden – Förderung des Schulnetzwerks ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ einstellen“

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Schule als Ort der geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Bildung, an dem ideologische Indoktrination sowie politischer Meinungs- und Gesinnungsterror keinen Platz finden. In diesem Sinne spricht er dem Programm ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ seine Missbilligung aus.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die in der Landeszentrale für politische Bildung ansässige Landeskoordination des Schulnetzwerkes (...) ersatzlos zu streichen.“

Vereinzelt wird vermutet, dass die Schulen zur Mitarbeit verpflichtet würden (vgl. Q06). Schüler*innen mit vom Netzwerk nicht unterstützten politischen Einstellungen würden gezielt unterdrückt und die Meinungsfreiheit an den Schulen dadurch verletzt. Dadurch entstünde ein Klima der Angst für Schüler*innen mit abweichenden Positionen. Um dem entgegenzuwirken, startete die AfD eine bundesweite Kampagne mit dem Aufruf, entsprechende Vorfälle zu melden, damit die AfD betrof-

fene Schüler*innen und andere Schulsehörerige in ihrem Kampf um die Meinungsfreiheit unterstützen könne (siehe oben).

Darüber hinaus sieht sich die AfD in die Opferrolle gezwängt. So würde sie zu Unrecht als beispielsweise „rechtspopulistisch“ oder „rechtsextrem“ bezeichnet, was eine fehlende Neutralität gegenüber demokratisch gewählten Parteien zeige (vgl. Q01). Da dieser Themenkomplex ein Dauerbrenner und inhaltlicher Schwerpunkt der AfD-Tätigkeiten darstellt, erfolgt eine ausführlichere Analyse an späterer Stelle.

c) Gezielte Personenangriffe innerhalb des Netzwerkes

Gegen einzelne Repräsentant*innen des Netzwerkes wird mit Namensnennung und persönlich diffamierend vorgegangen. Vor allem die Direktorin der Bundeskoordination wird auffallend oft namentlich genannt. Die Vorwürfe lauten wiederkehrend, sie sei „links“ orientiert, wobei auf ihr gewerkschaftliches Engagement und diesbezügliche Netzwerke verwiesen wird. Hinzu kommen aber auch Hinweise auf „islamistische“, vermeintlich „pro-islamische“ Einstellungen, was für die AfD ein Vorwurf ist, und „anti-christliche“ Haltungen.

Ausschnitt aus: Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 4.10.2016 in der Hamburger Bürgerschaft:

„Die Mitarbeiter der Bundeskoordination – das belegt eine Analyse ihrer Lebensläufe – sind weltanschaulich und institutionell klar im politisch linken Spektrum verankert und vertreten anti-konservative, pro-islamische und zum Teil anti-christliche Positionen. Die Leiterin der Initiative, Sanem Kleff, eine türkischstämmige Deutsche, übte verschiedene Ämter in der GEW Berlin aus und ist Mitglied der Amadeu Antonio Stiftung. (...) Kleff verantwortete presserechtlich im Jahr 2008 das Schüler-Magazin Q-rage. In dem Heft finden sich Anfeindungen gegen evangelikale Christen. Sie werden dort als intolerant, verfassungsfeindlich, gefährlich und dumm bezeichnet und mit Islamisten verglichen. Der Geschäftsführer der Initiative, Eberhard Seidel, war vor seinem Engagement bei SOR-SMC Ressortleiter bei der politisch weit linksstehenden Tageszeitung taz.“

Diese gezielten Markierungen sind ein Beispiel für ein personenbezogenes Framing mit dem Ziel der Verächtlichmachung führender Repräsentant*innen des Netzwerkes und damit der Idee des Projektes und des Netzwerkes auch an sich.

Spannend sind diesbezüglich auch Versuche der bayerischen AfD, Mitarbeiter*innen des Netzwerkes nicht mehr nur als politisch „fehlorientiert“ zu kennzeichnen, sondern auch Eindrücke einer Nähe zu kriminellen Netzwerken herzustellen. Die Forderung nach einem „erweitertem Führungszeugnis“ der in den Schulen eingesetzten Personen dient nur oberflächlich dem Schutz der Schüler*innen. Vielmehr suggeriert das Bild einen nicht vorhandenen Bedarf und zielt darauf, eine vermeintliche „Gefährdung“ der Jugendlichen durch die Aktionen des Netzwerkes zu suggerieren.

Ausschnitt aus: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) vom 27.2.2019 im bayerischen Landtag, (Drucksache 18/1408)
„4. Werden Personen, welche über den Verein Aktion Courage e. V. an Schulen gelangen (Mitwirkende und Paten) hinsichtlich pädagogischer Kompetenzen bzw. strafrechtlicher Zuverlässigkeit („erweitertes Führungszeugnis“) überprüft?“

d) Strukturangriffe

Mehrere Anfragen und Anträge der AfD zielen auf die Zerschlagung der strukturellen und finanziellen Grundlagen des Netzwerkes. Wiederholt wird eine Einstellung jeder öffentlichen Förderung gefordert. In einigen Landtagen wurde damit verbunden auch die Schließung der Träger der Landeskoordinationen zum Beispiel in den Landeszentralen für politische Bildung gefordert.

Ausschnitt aus: Drucksache 7/2880 vom 16.5.2015 aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt mit dem Titel „Linke Indoktrination an unseren Schulen beenden – Förderung des Schulnetzwerks ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ einstellen“
„Der Landtag wolle beschließen: (...) Der Landtag trifft die Übereinkunft, das Schulnetzwerk (...) bei künftigen Haushaltsplanungen nicht mehr zu berücksichtigen.“

Hinzu kommen exemplarische Auseinandersetzungen mit einzelnen Schulen des Netzwerkes, die in einem späteren Abschnitt dargestellt werden.

Zum Teil wird die Forderung, die Förderung einzustellen, mit der Kampagne der AfD gegen die Amadeu Antonio Stiftung verknüpft, zu der eine besondere inhaltliche und personelle Nähe hergestellt wird. Damit sollen an die Stiftung gerichtete Vorwürfe auf Aktion Courage und SOR-SMC abfärben (vgl. Q01).

Eine Besonderheit stellt ein Antrag einer AfD-Gruppe aus NRW auf ihrem eigenen Landesparteitag dar. Darin wird eine Überwindung des Netzwerkes zugunsten eines neuen Netzwerkes mit dem Titel „Schule ohne Extremismus“ gefordert. Der Antrag verpuffte ohne nachhaltige Wirkung.

Eine Ausnahme zu den bisherigen Strukturangriffen ist die folgende Anfrage der thüringischen AfD zu den rechtlichen Grundlagen des Ansatzes des Netzwerkes.

Ausschnitt aus: Kleine Anfrage 1480/2016 der Abgeordneten Muhsal und Brandner (AfD) im thüringischen Landtag.
„Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass minderjährige Schüler mit ihrer Unterschrift eine Rechtsfolge, nämlich die Teilnahme am Projekt, erwirken können? Wird die Zustimmung/Genehmigung von (beiden) Sorgeberechtigten der minderjährigen Schüler eingeholt?“

Die Frage nach den Rechtsfolgen der früheren Praxis der Sammlung von Unterschriften der Schüler*innen als Voraussetzung für die Teilnahme der Schule an dem Programm ist legitim. Vor allem in der Grundschule taucht auch die Frage auf, ob nicht (so vorhanden) beide Erziehungsberechtigte gefragt werden müssten, ob ihre Kinder unterschreiben dürfen.

Das Netzwerk hat derweil diese Praxis übrigens grundlegend verändert. Seit Mitte 2020 ist das Aufnahmeverfahren aus datenschutzrechtlichen Erwägungen auf ein anonymisiertes Wahlverfahren mit Stimmzetteln umgestellt worden.

Allerdings dürfte auch diese Anfrage kaum auf die qualitative Weiterentwicklung und mögliche Schaffung erweiterter Rechtssicherheit des Programmes gezielt haben, worauf die anderen Anträge und Schreiben der unterzeichnenden Abgeordneten deuten. Sie zeigen vielmehr, dass es eine intensive Beschäftigung mit dem methodischen Ansatz des Netzwerkes in der AfD gegeben zu haben scheint, in deren Folge entsprechende Details zu Recht hinterfragt werden können.

In Nordrhein Westfalen versucht die AfD, dem Netzwerk sogar seine inhaltliche Notwendigkeit zu leugnen, um so eine Einstellung aller Mittel zu begründen:

Ausschnitt aus Kleine Anfrage 1962 vom 25.1.2019 des Abgeordneten Helmut Seifen (AfD) im Landtag Nordrhein-Westfalen

„Inwiefern hält die Landesregierung dieses Projekt für notwendig und hilfreich, obwohl jede Schule in diesem Land aus ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag heraus die vorgegebenen Ziele dieses Projektes ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ seit jeher verfolgt und anstrebt?“

UMGANG MIT VERTRETER*INNEN DER AfD IN DEN NETZWERKSCHULEN – ANLASS FÜR PROTESTE VON RECHTS UND LINKS

Eine besondere Herausforderung ist die Einladung von Politiker*innen im schulischen Kontext. Konsens ist das Gebot der pluralistischen Darstellung von Positionen. So soll nicht nur einer, sondern möglichst immer allen relevanten, demokratischen Parteien die Möglichkeit geboten werden, sich im Sinne eines demokratischen Konsenses den Schüler*innen zu präsentieren. Wie verhält sich dieses Gebot aber mit der AfD, die inzwischen in den Landtagen sowie im Bundestag legitimiert durch demokratische Wahlen vertreten ist, die aber zumindest in Teilen auch von Verfassungsschutzorganen als rechtsextrem und damit antidemokratisch eingestuft wurde?

Zwei Grundpositionen stehen sich in dieser Debatte vor dem Hintergrund des Netzwerkes gegenüber:

An einer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* sei es selbstverständlich, dass rassistische Äuße-

rungen keinen Raum zur Entfaltung bekommen dürfen. Hier drohe eine Normalisierung dieser menschenfeindlichen Einstellungen. Deshalb sollten Vertreter*innen zum Beispiel der AfD keine Möglichkeit bekommen, ihre Positionen öffentlich in den Schulen zu vertreten.

Andererseits gelten an einer *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* demokratische Spielregeln. Dazu gehöre es auch, Positionen einer Partei wie der AfD mit Blick auf die Meinungsfreiheit zunächst zuzulassen, um ihnen dann gegebenenfalls offensiv zu widersprechen und demokratische Alternativen aufzuzeigen. Deshalb dürften AfD-Vertreter*innen nicht anders behandelt werden als andere Politiker*innen.

Für beide Positionen gibt es im Courage-Netzwerk Beispiele, die in folgenden Erfahrungen mündeten:

- › Vereinzelt wurden Veranstaltungen gar nicht erst geplant, wenn deutlich wurde, dass eine Debatte zur Teilnahme der AfD kontrovers werden könnte. Dies ist keine offensive und eine wenig mutige Strategie der Auseinandersetzung.
- › Vereinzelt wurden AfD-Vertreter*innen nicht zu Schuldiskussionen mit anderen Politiker*innen eingeladen. Hier gerierte sich die AfD als Opfer. In Zukunft wird es hierzu womöglich auch noch gesetzliche Anordnungen und Urteile zur Klärung geben, inwieweit ein solcher Ausschluss tatsächlich auch bei steigendem Erfolg der AfD zulässig sein mag oder nicht.
- › Beispielhaft für die Einladung eines AfD-Politikers war eine Diskussionsrunde mit dem Parteivorsitzenden Meuthen 2018 in Brandenburg. Hier protestierten vorab Schüler*innen gegen den Auftritt. Hinzu kam die örtliche Linksjugend mit dem Spruch „Schule mit Rassisten“. Die Presseberichte und einige Stellungnahmen aus dem Schulkontext lassen vermuten, dass Meuthen kaum punkten konnte. Die Schüler*innen wurden als sehr gut vorbereitet beschrieben. Die Diskussion sei kontrovers, aber fair im Ton geführt worden.

Diese Debatte wird das Netzwerk sicherlich noch länger beschäftigen. Vielleicht lässt sich aus der Veranstaltung in Brandenburg aber ein wichtiger Punkt herauskristalisieren: Zentral sind die umfassende Vorbereitung, das Vertrauen in und das

Können der Schüler*innen. Sinnvoll sind Diskussionen mit Politiker*innen nur dort, wo diese drei Aspekte zusammenkommen – ob mit oder ohne AfD-Beteiligung.

2.3. Einzelne Schulen im Blickfeld der Partei

Immer wieder geraten auch einzelne Courage-Schulen in den Blick der AfD. Ihr konkreter Umgang lässt folgende Muster erkennen:

Direkte Schreiben an Schulen. Beispielhaft ist hierfür ein Schreiben des AfD-Bundestagsabgeordneten Uwe Schulz an eine hessische Gesamtschule im Jahr 2018 (Kopie liegt dem Autor vor). Darin bittet er die Schulleitung um die Beantwortung eines Katalogs mit sieben Fragen. In fünf Fragen zieht der Abgeordnete Bezüge zwischen Aktion Courage und linksextremistischen Netzwerken und unterstellt dem Verein sogar eine öffentliche „Sympathie für linksextreme Organisationen“. Das Schreiben dient somit den bekannten Framing-Versuchen der Partei und soll Schulleitungen direkt erreichen.

Framing-Beifang-Strategie. In einer Dortmunder Schule planten Schüler ein Attentat auf einen ihrer Lehrer. Nur durch Zufall konnte das Vorhaben verhindert werden. In der öffentlichen Auseinandersetzung wies die AfD wiederholt darauf hin, dass es sich um eine Courage-Schule handele. In sozialen Medien argumentieren sie: Anstatt sich um die wirklichen Probleme der Schule wie die moralische Verwahrlosung einiger Schüler zu kümmern, habe sich die Schule aus ideologischen Gründen Nebenthemen wie dem Kampf gegen Rassismus gewidmet (Kopien der Facebook-Posts liegen dem Autor vor).

Inszenierte Opferrolle. Im Frühling 2019 lud eine Berliner Schule Mitglieder des Abgeordnetenhauses anlässlich der anstehenden U-18-Wahl für eine Diskussionsrunde mit Schüler*innen ein. Die Schreiben waren mit einer großzügigen Anmeldefrist versehen. Ziel war es, die Schüler*innen auf die Diskussion pädagogisch vorbereiten zu können. Mit Ausnahme der AfD meldeten sich alle Parteien auch rechtzeitig an. Die Zusage der AfD für den 13.5.19 erfolgte erst am 10.5.19, einem Freitagnachmittag, und erreichte die Schule somit erst am Tag der Veranstaltung. Die Schulleitung entschied sich,

den AfD-Abgeordneten nicht mehr zuzulassen, da die Schüler*innen keine Zeit mehr gehabt hätten, sich mit den Zielen der Partei, dem Abgeordneten selbst und damit auch auf die Moderation dieser veränderten Runde einzuarbeiten. Die Absage erfolgte per Mail. Der Abgeordnete erschien abends zur Veranstaltung und witterte angesichts seiner Nichtteilnahme einen „sehr undemokratischen Akt“ und protestierte lautstark. Dabei erschien er im Beisein eines eigenen Kamerateams, ließ Schüler*innen filmen und veröffentlichte die Bilder (mit gepixelten Gesichtern) umgehend in den sozialen Medien. Der Verdacht der vorbereiteten Inszenierung wurde von Seiten der Schulleitung geäußert (Kopien der Schreiben liegen dem Autor vor).

Kümmerer-Image. Vereinzelt beruft sich die AfD auf nicht näher bestimmte Elternbeschwerden, denen sie nachgehe. Beispielhaft ist dafür eine schriftliche Anfrage im bayerischen Landtag (Drucksache 18/1748) aus dem Jahr 2019. Diese verweist zunächst auf vermeintliche Schulprobleme wie Unterrichtsausfälle und Schulbefreiungen und verbindet diese unmittelbar mit der Beschulung von Flüchtlingen sowie dem Courage-Netzwerk.

Angriffe auf Einzelmaßnahmen. Vereinzelt stören sich lokale AfD-Gruppierungen auch an Einzelmaßnahmen des Netzwerkes. Beispielhaft ist dafür eine bayerische Schule, an der im Rahmen einer SOR-SMC-Veranstaltung ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen angeboten wurde. Die AfD sah darin eine „Indoktrination“ und befürchtete eine „Gehirnwäsche“ der Schüler*innen. Auf der örtlichen AfD-Facebook-Seite wurde der Schule dann auch ein Faschismusvorwurf gemacht: „Der Antifaschismus ist längst zum neuen Faschismus unserer Zeit geworden.“ Ähnliche Äußerungen erhielten auch Aktionen von Courage-Schüler*innen wie zum Beispiel Aufrufe zu bunten Protesten oder Anti-Kriegs-Theaterstücken an mehreren Schulen u. a. in Sachsen-Anhalt (Äußerungen liegen dem Autor als Kopien vor).

Werbung für die Partei mit Schulen. In Borna benutzte die örtliche AfD das Bild einer örtlichen Courage-Schule für ihren Werbeflyer. Die abgebildete Courage-Schule distanzierte sich von der Verbindung (Quellen liegen dem Autor als Kopien vor).



Dienstaufsichtsbeschwerden. In mehreren Beispielen wurden Schulleiter*innen Dienstaufsichtsbeschwerden angedroht. Diese sind gesetzlich eindeutig geregelt, schnell formuliert und können ebenso leicht abgewiesen werden (Schreiben liegen dem Autor als Kopien vor).

Unklares Muster. In der Zielsetzung unbestimmbar sind zum Beispiel Schreiben der bildungspolitischen Sprecherin der thüringischen AfD-Fraktion an ausgesuchte Schulen mit der Bitte um Gesprächstermine, in denen es dem Betreff nach um die Teilnahme am Programm des Courage-Netzwerks gehen sollte. Offen bleibt auch der Sinn eines Vorschlags einer niedersächsischen AfD-Ortsgruppe an eine örtliche Courage-Schule, als Paten gegen Rassismus ausgerechnet den örtlichen AfD-Bundestagsabgeordneten zu wählen (Schreiben liegen dem Autor als Kopien vor).

Eine besondere Herausforderung für das Netzwerk sind erste Schulleiter mit AfD-Parteibuch. Die Bundeskoordination hat sich entschieden, die jeweiligen Einzelfälle genau zu betrachten, die Schulgemeinschaft und alle an der Schule, die sich den Werten des Netzwerkes verpflichtet fühlen, weiter zu unterstützen.

2.4. „Junge Freiheit“ und das Courage-Netzwerk

In unregelmäßigen Abständen wird das Courage-Netzwerk auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, zumeist in Artikeln des Autors Felix Krautkrämer, im Sinne eines Framing-Versuches angegriffen. Seine Grundposition zum Netzwerk veröffentlichte er 2014 und damit vor dem Untersuchungszeitraum (vgl. Q07). Da sie jedoch grundlegend für spätere Argumentationen zu sein scheint, sollen ihre Kernaussagen hier dennoch Beachtung finden. Seine beiden zentralen Angriffspunkte lauten: eigener totalitärer Anspruch des Netzwerkes und Ablenkung von „realen“ Problemen mit Migrant*innen.

Konkret heißt es in dem Beitrag von 2014: „Der Anspruch der Ideologie ist absolut. Es gäbe keine Möglichkeit, beispielsweise im Gegenzug seine Lehranstalt zu einer ‚Schule ohne Antirassismus‘ oder ‚Schule zur Bewahrung des Deutschtums‘ zu erklären, ohne daß es zu massiven Anprangerungen und Sanktionen seitens der Eliten und ihrer

Hilfskräfte kommen dürfte, bei denen etliche Köpfe rollen. Natürlich nur karrieretechnisch.“ (Ebenda) Unter Ideologie versteht der Autor eine Auseinandersetzung mit Rassismus und vermutet eine verkürzte, auf „Deutsche“ bezogene Praxis, wenn er schreibt: „Dabei ist der schulische ‚Antirassismus‘ selbst ‚rassistisch‘ fundiert. Er richtet sich nämlich, allen Bekundungen zum Trotz, real vor allem gegen die einheimischen Deutschen. Zwar gibt es Bekenntnisse gegen Homophobie und Antisemitismus bei Migrant*innenkindern, doch das sind allenfalls Nebenspielfeldern. Spätestens dann nämlich stößt der ‚Antirassismus‘ an seine Grenzen, wenn er nicht auf weiche Deutsche, sondern selbstbewusste Migrant*innen trifft, die ihre Konflikte nach Deutschland importieren.“ (Ebenda)

Aufbauend auf dieser Argumentation findet das Courage-Netzwerk in unregelmäßigen Abständen Erwähnung in der Zeitung. Anlässe waren beispielsweise die Vergangenheit eines Referendars in der „Identitären Bewegung“, die eine Berliner Schule zum Anlass nahm, Veranstaltungen zum Rechtsextremismus und ihrer intellektuellen Unterstützergemeinschaft anzubieten (vgl. Q08), sowie antisemitische Bedrohungen und Angriffe gegen einen jüdischen Schüler an einer anderen Schule, der medial große Aufmerksamkeit erregte und die Schule veranlasste, sich dem Courage-Netzwerk anzuschließen (vgl. Q12).

2.5. Zwischenfazit: rechte Druckfelder

Angesichts des Umfangs, der Permanenz und der verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) liegt es nahe, von einer Kampagne der AfD gegen das Courage-Netzwerk zu sprechen. Sie eint trotz erkennbarer regionaler Unterschiede in Qualität und Quantität der Auseinandersetzungen der Versuch, mittels gezielter Framing-Ansätze Druck auf einzelne Personen, einzelne Schulen und auf das Netzwerk als Ganzes aufzubauen. Offensichtlich steht das Courage-Netzwerk mit seinen Werten und Ansätzen stellvertretend für eine Bildungs- und Gesellschaftspolitik, die die AfD grundsätzlich ablehnt. Von daher sind ihre Forderungen, vor allem keine Mittel und sonstige Unterstützungen mehr zu gewährleisten, in sich konsequent.

Das Courage-Netzwerk steht hier in einem auch symbolischen Kampffeld, in dem unterschiedliche Gesellschaftsbilder und bildungspolitische Vorstellungen um gesellschaftliche Mehrheiten ringen. Dieser Aspekt ermöglicht für das Netzwerk auch konstruktive Handlungsoptionen, indem herausgestellt wird, dass es der AfD nicht um einen Projektansatz unter vielen, sondern um eine grundsätzliche Vorstellung davon geht, wie Schule, Bildungspolitik und damit auch die Gesellschaft zukünftig auszusehen hat. In Bezug auf das Courage-Netzwerk sind die Artikel der „Jungen Freiheit“ nur ein kleines, mediales Beiboot der Parteiflotte.



DRUCKFELDER VON LINKS

Im Gegensatz zu den Druckfeldern von rechts erscheinen Kritik und Angriffe von links anlassbezogen und zumeist nicht grundsätzlich auf den Gesamtansatz des Courage-Netzwerks bezogen zu sein.

Beispielhaft steht dafür im Untersuchungszeitraum eine kleine Debatte um die Publikation „Baustein Nummer 8“ mit einem Text von Thomas Haury zum Antisemitismus von links. Entsprechend der Unterscheidung zwischen Kritik und negativem Framing kann bei diesem Beispiel nicht von einer konstruktiven Kritik, die zum Austausch von kontroversen Argumenten einlädt, gesprochen werden.

3.1. Antisemitismus von links?

Kurz nach Erscheinen des Bausteins folgten auf kritische Bemerkungen aus dem Netzwerk heraus auch wenige öffentliche Schriften und Anfragen. Thomas Haury zeichnet in seinem Baustein historische Kontinuitäten antisemitischen Denkens in der Linken nach, erwähnt Diskussionen zum Zionismus, zum Nahost-Konflikt, in der DDR und innerhalb der Partei „Die Linke“.

Aussagekräftig ist dazu der Text „Antisemitismus und Nahostkonflikt. Wie der antideutsche Autor Thomas Haury ‚Aufklärung‘ für Schulen betreibt“ von Arn Strohmayer, der zunächst online veröffentlicht, dann schnell wieder entfernt wurde (das Dokument liegt dem Autor vor). Strohmayer bezeichnet sich auf seiner Homepage als Journalist und Schriftsteller und veröffentlichte eine eindrucksvolle Liste von Artikeln, Büchern und Kommentaren zum Nahost-Konflikt und zu Antisemitismusdebatten (Vgl. Q13).

Im vorliegenden Artikel bezweifelt er zunächst den grundsätzlichen Aspekt, dass Linke mit wenigen Ausnahmen überhaupt antisemitisch sein könnten. Konkret heißt es dort: „Linke, wenn sie denn wirklich welche sind, denken eigentlich universalistisch, also internationalistisch und humanistisch und können so gesehen – von Ausnahmen und Fehlentwicklungen abgesehen – gar keine Antisemiten sein.“

Konkret wirft er Haury „antideutsche Ideologie“ vor und begibt sich anschließend auf 22 Seiten in die inhaltlichen Grabenkämpfe linker, sektiererischer Gruppen. Da diese Debatten einerseits wissenschaftlich gut analysiert und aufgearbeitet wurden (vgl. einleitend Rabinovici/Speck/Sznaider 2004, Heilbronn/Rabinovici/Sznaider 2019, Özdoğan/Stief 2020) und andererseits für die pädagogische Praxis im schulischen Rahmen wenig ertragreich erscheinen, soll auf eine konkrete Wiedergabe und Analyse an dieser Stelle verzichtet werden.

Interessanter scheinen für den Zweck dieser Studie zwei andere Aspekte zu sein:

Die Übermittlung der Kritiken und des Textes erfolgte nicht direkt ans Netzwerk, sondern erfolgte über Umwege im Rahmen eines sozialdemokratischen Netzwerkes. Diese Umgehung wurde offensichtlich genutzt, um einerseits auch hier negatives Framing zu betreiben und andererseits zu verhindern, selber „Gesicht zu zeigen“ und Kritik auch selbst und offen vorzutragen.

Auch die Partei „Die Linke“ griff die Kritik auf. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke stellte diesbezüglich die schriftliche Frage an die Bundesregierung mit der Arbeitsnummer 4/146, ob diese Publikation mit Bundesmitteln gefördert wurde. In der die schriftliche Anfrage begleitenden Äußerung auf ihrer Homepage schreibt Jelpke:

„Die Broschüre ‚Antisemitismus von links. Facetten der Judenfeindschaft‘ ist ein unwissenschaftliches Machwerk aus dem Umfeld der längst im rechten Fahrwasser angelangten sogenannten Antideutschen, deren Linie in der Nahostpolitik sich nicht mehr wesentlich von derjenigen der Bundesregierung unterscheidet. Peinlich, dass so etwas aus Bundesmitteln, die vor allem für den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgesehen sind, finanziert wird. Dem notwendigen Kampf gegen Antisemitismus, der wesentlich ein rechtes Phänomen ist, wird hier ein Bärendienst erwiesen.“

Die Bundestagsabgeordnete übernimmt somit den Duktus der zitierten Kritik und stellt sich in den deren Dienst. Dies ist umso erstaunlicher, als dass die Partei „Die Linke“ an anderen Stellen das Netzwerk offensiv förderte und politisch unterstützte. Es wäre somit falsch, die gesamte Partei an dieser Stelle in den Blick zu nehmen.

3.2. Zwischenfazit: Druckfelder von links

Framing-Versuche und inhaltliche Kritiken von links gegenüber dem Courage-Netzwerk erscheinen anlassbezogen, temporär und sind nicht von grundsätzlicher Natur gegenüber den Grundwerten des Courage-Netzwerkes wie bei den rechten Strömungen. Es handelt sich um Reaktionen, sobald Ideologien der Ungleichwertigkeit mit „Linken“ in Verbindung gesetzt werden und damit um eine Abwehrbewegung, die dann zum Teil zum Anlass für innersektiererische Streitigkeiten genommen werden.

Im Gegensatz zu den Angriffen und Kritiken von rechts werden diese scheinbar nicht immer offen transportiert. Vielmehr werden Bündnispartner*innen – hier sowohl aus dem Umfeld der SPD als auch der Partei „Die Linke“ – vorgeschickt, die diese Kritik dann transportieren sollen, ohne dass dies im Einklang mit der generellen Politik der Parteien zu sein scheint. Auch das unterscheidet sie von den rechten Druckfeldern, in denen es eindeutige Repräsentant*innen gibt, die mit Wort, Bild und Eindeutigkeit für ihre Kritik und Angriffe stehen. Diese sind in den linken Strömungen rar und agieren lieber verdeckt und über kommunikative Umwege.



DRUCKFELD: WISSENSCHAFTLICHE KRITIK

Erfreulicherweise etabliert sich in Deutschland – nachholend im Vergleich zu anderen Ländern – eine in sich differenzierte Rassismusforschung, woraus sich entsprechende Diskurse auch jenseits von Hochschulkontexten entwickeln können. Dabei konkurrieren unterschiedliche Sichtweisen, zum Beispiel bei rassismuskritischen und anti-rassistischen Theorieannahmen. Schnittstellen zeigen sich auch zu Forschungen und Diskursen, die stark von Genderforschungen inspiriert waren oder auch postkoloniale Perspektiven betonen und damit internationale Forschungen und Diskurse aufnehmen und transportieren wollen. Im hierzulande noch jungen Diskursfeld herrscht ein Nebeneinander unterschiedlicher Theorieansätze und Begriffe. Einige Diskurse und Theorien betonen stark identitätsbezogene Positionen und sorgen so für neue Diskurse.

Es überrascht nicht, dass in einer solchen Gemengelage ein so großes Netzwerk, das noch dazu „Schule ohne Rassismus“ im Titel trägt, im Rahmen dieser Diskurse und Theorieentwicklungen immer wieder auftaucht und sich kritischen Rückfragen stellen muss.

Stellvertretend für andere sei hier Karim Fereidooni, Professor für Politikwissenschaft an der Ruhruniversität in Bochum und ein Vertreter der rassismuskritischen, politischen Bildung, genannt. Er nimmt in seinen Texten, Vorträgen und Fortbildungen explizit Bezug zum Courage-Netzwerk und kritisiert dessen methodische Ansätze und normativen Grundverständnisse. Seine Kritik soll daher beispielhaft analysiert werden.

Der Name des Netzwerkes wird dabei teilweise schon im Titel der Texte und Veranstaltungen genannt, was durchaus provokativ, aber rechtlich, solange Namensrechte nicht verletzt werden, legitim ist. Derzeitig betreut er auch ein Dissertationsprojekt zu Aktion Courage.

Inhaltlich kreist seine Kritik um die Kernfrage, ob „sich das Rassismusverständnis des Projekts am aktuellen, wissenschaftlichen Forschungsstand

rassismuskritischer Theoriegenerierung“ orientiere (vgl. auch die folgenden Zitate aus: Stockhausen/Fereidooni 2017). An dieser Stelle ist der Wortlaut wichtig. So wird nicht nach dem allgemeinen Forschungsstand gefragt, sondern nach den Prinzipien einer bestimmten Ausrichtung der Rassismusforschung, die hier präferiert wird.

Rassismuskritische Ansätze stellen sich dabei als Alternative zu antirassistischen Ansätzen dar. Eine rassismusfreie Gesellschaft oder Schule wird darin explizit als unerreichbare „Utopie“ bezeichnet. Tatsächlich sei die Gesellschaft und deren Institutionen und Träger stark durch rassistische Muster und Strukturen geprägt. Dies sei zwar kein „Naturzustand“, da Rassismus erlernt und nicht naturgegeben sei. Das „rassistische Wissen“ sei jedoch so ausgeprägt, dass eine tatsächliche Überwindung aussichtslos erscheine. Auch diene Rassismus der Stabilisierung von Herrschaftssystemen und legitimierte Ungleichheiten, sodass es auch starke gesellschaftliche Treiber zur Aufrechterhaltung der rassistischen Strukturen und Kulturen gebe.

Rassismuskritische Bildungsansätze setzen zentral auf eine Selbstreflexion der Beteiligten. Sie sollen ihre eigene Rolle im rassistischen System und ihr rassistisches Wissen reflektieren. Die Betroffenen des Rassismus sollen zusätzlich gestärkt werden.

An antirassistischen Ansätzen, zu denen das Netzwerk von Aktion Courage gezählt wird, äußern die rassismuskritischen Ansätze drei zentrale Kritikpunkte:

- › Es würde die Illusion vermittelt, es könnten durch pädagogische Ansätze rassismusfreie „Zonen“, Schulen oder gesellschaftliche Bereiche geschaffen werden.
- › Antirassistische Ansätze verträten die Ansicht, dass Benachteiligte des Rassismus „handlungsunfähige Opfer“ seien. Sie würden als Subjekte nicht gestärkt, sondern im Rahmen einer passiven Opferrolle objektiviert.
- › Sich antirassistisch nennende Personen bezögen eine künstliche Position jenseits des rassistischen Herrschaftssystems. Diese Positionierung sei nicht möglich und deute auf wenig Selbstreflexion als Teil des rassistischen Herrschaftssystems und der eigenen, auch rassismusbedingten gesellschaftlichen

Privilegien. So entstünde auch ein künstliches, binäres Gesellschaftsbild aus „rassistischen“ und „antirassistischen“ Personen, das unterkomplex sei.

Unmittelbar auf die Schulsysteme bezogen sind die rassismuskritischen Ansätze sehr skeptisch, ob überhaupt eine kritische Debatte zum Thema möglich sei. Begründet wird dies unter anderem historisch: „Ursächlich hierfür ist sicherlich auch das Selbstverständnis der BRD als postnationalsozialistischer Staat, in dem, laut Messerschmidt (2010), (1) das Benennen und nicht das Erleben von Rassismus skandalisiert wird, (2) Rassismus vornehmlich als Problem von Rechtsextremisten verortet und nicht als in sämtlichen Gesellschaftsstrukturen inhärenter Mechanismus betrachtet wird, (3) Rassismus als Kulturalisierung und nicht als biologistischer Rassismus zu Tage tritt, der subtil ist und (4) Rassismus in die Zeit von 1933-1945 verschoben wird, sodass geleugnet werden kann, dass auch gegenwärtig Rassismus in der hiesigen Gesellschaft eine strukturierende Rolle spielt.“ (Ebenda)

Unmittelbar bezogen auf das Netzwerk erkennt die rassismuskritische Richtung das grundsätzliche Bemühen der Netzwerkpartner*innen an, sich um das Thema zu bemühen. Aus ihrer Sicht stellt jedoch schon der erste Teil des Titels „Schule ohne Rassismus“ eine mögliche Irreführung dar, weil es suggeriere, dass es einen solchen Zustand geben könne. Sie sehen auch die Gefahr, „dass Rassismus in der Schule entweder heruntergespielt oder abgewehrt“ werde (ebenda, S. 8). Es fehle auch ein kritisches Bewusstsein dafür, selber Teil des Problems zu sein. Außerdem würden die Betroffenen von Rassismus nicht genügend unterstützt und gestärkt, sondern in ihrer Position sogar eher geschwächt, weil die Analyse bereits rassismusstabilisierend sei, da sie die Ursachen und Wirkungen von Rassismus zu wenig thematisiere.

ANALYSE

Wissenschaft lebt von der öffentlichen Kontroverse, Kritik und Auseinandersetzung mit bestehenden Positionen. Dazu tragen die rassismuskritischen Beiträge in Bezug auf das Netzwerk von Aktion Courage bei. Die wiederholte Verwendung des erfolgreichen Titels für eigene Zwecke ist provokativ, aber auch das darf und soll Wissenschaft sein.

Zu bedenken ist jedoch, dass sich auch Wissenschaft nicht dem neoliberalen Trend zunehmender Ökonomisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche entziehen kann (Butterwegge u. a. 2008). Damit verbunden sind zuweilen auch ökonomische Interessen zum Beispiel um Stellen, Drittmittel und öffentliche Reputation, die sich hinter wissenschaftlichen Debatten verstecken, sodass diese mitunter nicht mehr alleine auf reinen Erkenntnisgewinn und gesellschaftlichen Fortschritt zielen.

Inhaltlich scheint es sinnvoll, den Kritiken, wo es angemessen ist, auch deutlich zu widersprechen. Wichtig zum Verständnis könnte die historische Herleitung sein. Aktion Courage startete vor einem Vierteljahrhundert. Selbst in der Wissenschaft und noch viel mehr im öffentlichen Diskurs war der Begriff des Rassismus damals anrüchig, galt als ideologisch besetzt und unpassend (vgl. Rommelspacher 1998: 39ff). In den letzten 25 Jahren ist es Aktion Courage gelungen, dass mehr als 3.500 Schulen sich selbst verpflichtet haben, sich dem Thema offensiv zu stellen. Diese Leistung bleibt in den vorliegenden Texten ungewürdigt.

Aus dieser Zeit stammt auch der erste Teil des Titels „Schule ohne Rassismus“, der sicherlich genutzt werden könnte, um Probleme zu vertuschen. Auf diese Gefahr weisen zahlreiche Publikationen von Aktion Courage hin (vgl. z. B. Aktion Courage 2016). Die Netzwerkschulen verpflichten sich, bei Diskriminierungen und Rassismus nicht wegzuschauen, sondern sich aktiv damit auseinanderzusetzen. Die Schulmitglieder sind aufgefordert, fortwährend Verantwortung zu übernehmen und sich eben nicht als außerhalb rassistischer Haltungen zu verorten. Der Ansatz unterstellt jedoch keinen Generalverdacht und setzt auf Motivation und Empowerment der Akteure und nicht auf öffentliche Kritik oder gar Bestrafung. Der Verdacht, dass Schulen den Namen des Netzwerkes nutzen, um ihre Probleme zu verdecken, ist bisher nur eine theoretische Vermutung ohne empirisches oder wissenschaftliches Fundament.

Das Netzwerk von Aktion Courage hat sich aus der konkreten Arbeit mit Schulen entwickelt, basiert somit auf einer empirischen Basis an Erfahrungen zu den jeweiligen, auch praktischen Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Engagements. Auf eine solche Empirie kann der rassismuskritische

Ansatz bisher nicht verweisen. Er entwickelt ein theoretisches Gerüst mit zum Teil für die Praxis recht unklaren Kategorien und wirbt für dessen vollständige Umsetzung. Erfolgt diese nicht, gelten die Praxisansätze als überholt und entwicklungsbedürftig. Die damit verbundenen Probleme werden deutlich, wenn die theoretischen Konstrukte in konkrete Forderungen überführt werden sollen. Ein Beispiel: Natürlich ist der Hinweis auf eine nachhaltige Selbstreflexion zum Beispiel der Lehrkräfte auf das Thema richtig und sinnvoll. Wie soll das aber konkret geschehen? Wann ist ein Punkt erreicht, an dem von einer „guten Praxis“ gesprochen werden könnte? Gibt es diesen Punkt überhaupt? Und falls es den nicht gibt, was folgt daraus für die konkrete Arbeit? Aktion Courage setzt auf langfristige Strategien, stabile Netzwerke und Methodenvielfalt zur kontinuierlichen Qualifikation immer wieder neu zusammengesetzter Generationen von Schüler*innen und Pädagog*innen. Hier könnten die Praxiserfahrungen von Aktion Courage sicherlich auch zu einer Ausdifferenzierung der rassismuskritischen Theorien beitragen und so sinnhafte Synergien entstehen.

Offen irritierend ist der Hinweis, dass Betroffene von Rassismus als nicht handlungsfähig dargestellt würden. Einerseits verkennt dies bereits die personelle Zusammensetzung der Leitungsebene der Bundeskoordination und der Referent*innen und Teamer*innen der außerschulischen Kooperationspartner. Andererseits ignoriert der Vorwurf die von Rassismus betroffenen Schüler*innen, die unter anderem in der q.rage, der wohl größten Schüler*innenzeitung der Bundesrepublik, von ihren Erfahrungen berichten und diese analytisch darlegen können. Sie werden als handlungsfähig angesehen und bekommen explizite und professionelle Unterstützung im Sinne eines umfassenden Empowerments. Auch hier fehlt bisher ein empirisches Fundament für diese Annahme.

Interessant ist auch, dass das Netzwerk als stark vereinheitlicht wahrgenommen und dargestellt wird. Ein genauerer Blick zeigt jedoch die Integration durchaus unterschiedlicher Grundannahmen und Theorien, Selbstverständnisse und Praktiken im Netzwerk. Pauschale Kritiken gegen „das“ Netzwerk als existierende ein verbindliches Curriculum, das bundesweit einheitlich umgesetzt werde, überraschen daher.

Bezüglich der Grundannahmen dieser Studie ist dieses Beispiel aus dem Kontext der rassismuskritischen Forschung als fachliche Kritik einzustufen und somit klar von Versuchen des Framings zu unterscheiden. Diese Kritik basiert auf einem theoretischen Fundament, arbeitet mit theoretischen Annahmen, die noch der empirischen Überprüfung bedürfen und kann wiederum selbst kritisiert werden.



DRUCKFELD: SONSTIGE ANGRIFFE

Mehrfach im Jahr gibt es Sachbeschädigungen zu meist der Schilder des Netzwerkes an den beteiligten Schulen. Drei verschiedene Arten von Angriffen lassen sich hier unterscheiden:

- › Sachbeschädigungen ohne erkennbare Botschaften; zum Beispiel wird die Schrift durch Sprühereien unlesbar gemacht, werden SOR-SMC-Schilder gestohlen oder sogar Fahnen des Netzwerkes verbrannt
- › Sachbeschädigungen durch das Überkleben mit zumeist politischen Aufklebern aus dem rechtsextremen Spektrum (vorliegend zum Beispiel Aufkleber von „Der Dritte Weg“ und der Jugendorganisation der NPD)
- › Sachbeschädigungen durch das Überkleben mit rassistischen Aussagen, die sich beispielsweise gegen Muslime („Schule mit Allah“) oder Flüchtlinge richten, aber keinen eindeutigen Bezug zu einer rechtsextremen Organisation haben

Die Sachbeschädigungen erfolgen fast immer am Abend oder in der Nacht, versteckt und heimlich. Die Täter*innen werden in der Regel nicht gefasst, sodass über deren tatsächliche Motive nur spekuliert werden kann. Zwar sind rechtsextreme Bezüge bei einigen dieser Aktionen sehr naheliegend und wahrscheinlich, vor allem dann, wenn sie zeitgleich mit anderen rechtsextremen Symbolen gesprüht werden, beweisen lassen sie sich dennoch nicht. Andere Vorfälle ähneln eher Beispielen des allgemeinen Vandalismus.

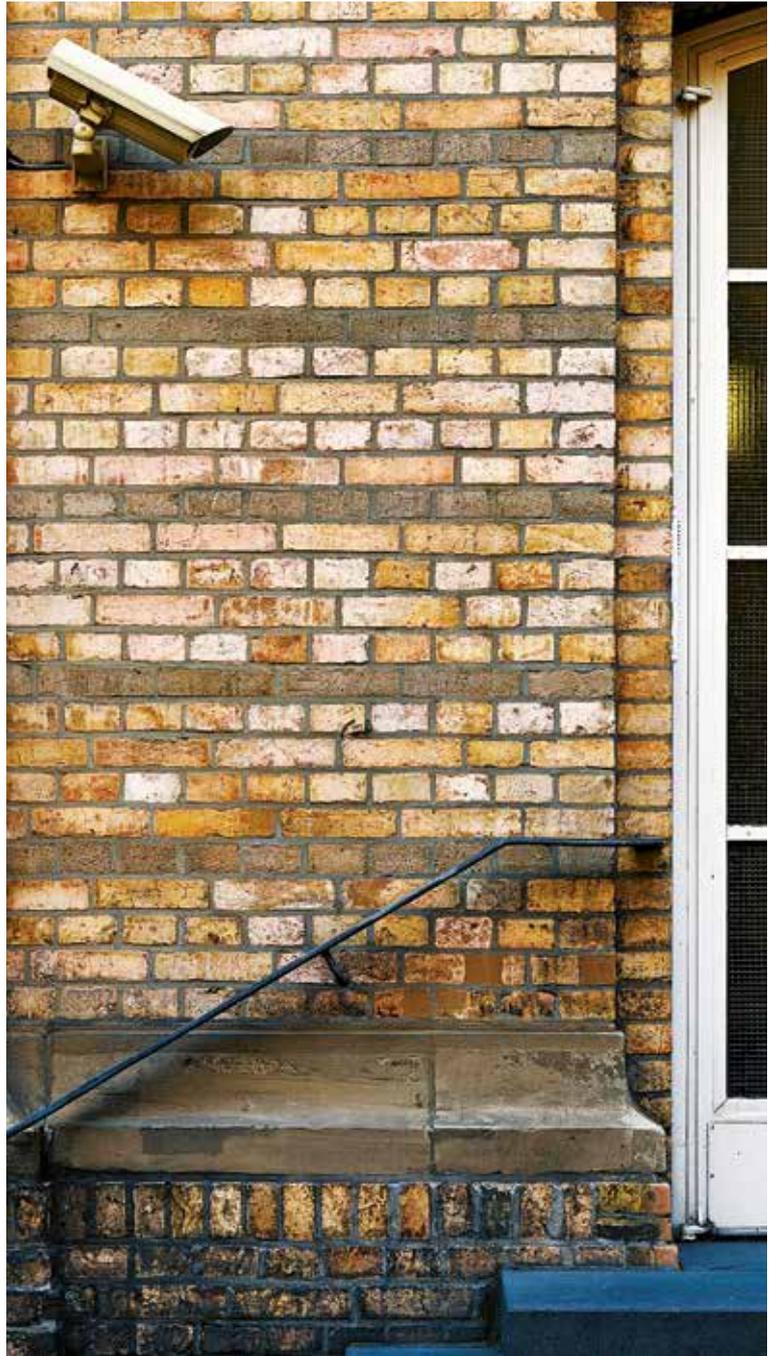
Und wie reagieren die Schulen auf solche Angriffe? Teilweise werden solche Sachbeschädigungen als Anlass für Diskussionen oder Aktionen zum Thema in der Schule genutzt und dienen somit der Grundidee des Netzwerkes trotz des erlittenen Schadens.

Ein Beispiel dafür gibt es mit der Fichtenberg-Oberschule in Berlin:

Die Fichtenberg-Oberschule in Berlin wurde Opfer rechter Angriffe. Plakate der Schüler*innen, auf denen ihre „Weltoffenheit zur Schau getragen wurde“, (vgl. Q10) wurden zerstört und ein anonymer

Brief wurde der Schule zugestellt, in dem „politische Indoktrination“ zum Vorwurf gemacht wurde. In diesem wird unterschrieben mit den Worten „Heil, A. Steiner dem Antirassistischen Schulführer“ (Q11), was sich darauf bezieht, dass nach Meinung der anonymen Briefschreiber die Schüler*innen der Fichtenberg-Oberschule keine freie Meinungsbildung erleben dürfen, sondern politisch in eine (linke) Ecke gedrängt würden. Sowohl der Rektor, das Lehrer*innenkollegium als auch Teile der Schüler*innenschaft wiesen die Angriffe öffentlich und offensiv zurück. Ihre gemeinsame Position lautete: Schule müsse gegenüber menschenfeindlichen Ideologien nicht neutral sein, sondern es habe ein politischen Diskurs auf der Basis demokratischer Werte zu entstehen. Die Angriffe richteten sich gegen die Courage-Schule an sich und erfolgten anlässlich der Positionierung der Schüler*innen gegen das Beschwerdeportal der AfD. Von politischer Seite bekam die Fichtenberg-Oberschule Rücken-deckung. Sowohl der Landeselternausschuss als auch die Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski bekundeten ihre Unterstützung und betonten die Bedeutung demokratischer Grundwerte. Der Fall wurde auch medial wiederholt behandelt.

Schließlich ist festzuhalten: Im Gegensatz zu früheren Jahren liegen dem Autor für Angriffe, die einem religiös-politischen Druckfeld zugeordnet werden können, für den Untersuchungszeitraum keine Hinweise vor.



Den Schwerpunkt der Untersuchung liefern Ergebnisse zur Kritik am Netzwerk sowie zum Framing gegenüber dem Träger und damit verbundenen Netzwerk. Folgende Aspekte können dabei hervorgehoben werden:

- › Im Umfang, in seiner inneren Differenziertheit, in Permanenz und seinem Aggressionsgehalt überwiegen Druckfelder von rechts im Vergleich zu allen anderen Druckfeldern bei weitem. Mit den Erfolgen der AfD erlangte die Druckwelle eine neue professionelle Qualität und Quantität.
- › Druckfelder von links zeigen sich anlassbezogen und werden durch Teilgruppen innerhalb linker Spektren getragen.
- › Das Framing von rechts erfolgte offen, offensiv und direkt. Das linke Framing erfolgte verdeckt und indirekt über intransparente Netzwerke.
- › Angriffe mit religiösen Komponenten erfolgten im Untersuchungszeitraum nicht und waren in der Vergangenheit auch zumeist anlassbezogen.
- › Das Netzwerk ist als Symbol für einen antirassistischen Ansatz in eine wissenschaftliche Debatte geraten. Es wurde zum Teil scharf anhand transparenter Theoreme kritisiert. Das mag für ein zivilgesellschaftliches Netzwerk gewöhnungsbedürftig sein, ist aber als konstruktive Kritik zu verstehen und damit klar von Framing-Versuchen zu unterscheiden.



KONSTRUKTIVER UMGANG MIT DEN ANGRIFFEN

Es wäre sicherlich vermessen, ableitend aus einer wissenschaftlichen Untersuchung einem so großen Netzwerk mit eigenen Erfahrungen, Expertisen und Eigenarten eine gemeinsame Handlungsanleitung formulieren und vorlegen zu wollen. Erlaubt seien aber einige Fragestellungen an das Courage-Netzwerk, ergänzt durch kurze Ausführungen, die sich aus der Analyse ergeben und – falls noch nicht geschehen – hoffentlich konstruktive Debatten im Netzwerk anregen.

1. WER STÄRKT SCHÜLER*INNEN, LEHRER*INNEN UND ALLE WEITEREN NETZWERKPARTNER*INNEN, DIE INS KREUZFEUER GERATEN?

Einzelne Angriffe zielen unmittelbar auf (auch namentlich genannte) Lehrer*innen oder gar Schüler*innen. Wie können Betroffene (immer) erkannt und geschützt werden? Vorhandene Netzwerke gehören immer wieder überprüft und erinnert. Gibt es flächendeckend Ansprechpartner*innen, schnelle juristische Beratungen, Zugang zu themensensiblen Beratungsstellen und psychologischen Hilfsangeboten?

Darauf gibt es erste strukturelle Antworten: Da sich jede Courage-Schule an ihre Landes- oder ihre Regionalkoordination sowie an die Bundeskoordination wenden kann, bietet das Netzwerk zusätzlich zu den schulischen Ansprechpartner*innen außerschulische Anlaufstellen, die zumindest eine Weiterleitung ermöglichen. Inwieweit diese Netzwerkstrukturen aber im Zweifel tragfähig sind, sollte dauerhaft im Blick behalten werden.

Ins Kreuzfeuer geraten unterschiedliche Ebenen des Netzwerkes – angefangen bei den Schüler*innen über die Pädagog*innen an den Schulen und in den Koordinierungsstellen bis zur Leitung der Bundeskoordination. Sind diese so gut vernetzt und sensibel in der Kommunikation, dass entsprechende Angriffe und damit verbundene Verletzungen, Irritationen, Ängste und/oder Unsicherheiten kommuniziert werden können?

Erfreulich ist, dass sich aus der Sicht der Bundeskoordination in der Vergangenheit gezeigt hat, dass die Kommunikation unter den Knotenpunkten des Netzwerkes (Schule, Region, Land, Bund) gerade in Krisensituationen enger wurden. Auch entsprechend kompetente Kooperationspartner wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft boten konkrete Rechtsberatung und auch Rechtsbeistand an. Ob diese Sicht aus der Perspektive anderer Netzwerkpartner*innen so geteilt wird, wäre zu prüfen und eine Verstärkung auf jeden Fall ein Ziel für die Zukunft.

2. WIE VERHINDERT DAS NETZWERK VORAUSEILENDEN RÜCKZUG ODER PASSIVITÄT?

Viele Angriffe und Framing-Strategien dienen der Einschüchterung. Aktive sollen verunsichert und verächtlich gemacht werden. Ihnen soll Unterstützung entzogen werden, indem sie öffentlich gebrandmarkt werden und sich dann kaum dagegen wehren können. Die Strategie zielt auf die Schaffung von Angst und Angst verleitet zum voraus-eilenden Rückzug, zur Passivität, zur Verschiebung von Aktivitäten in geschützte Bereiche. Wie kann das Courage-Netzwerk solche Rückzugsstrategien präventiv und interventiv verhindern oder auffangen?

Besondere Sensibilität und Sorgfalt verdient dabei der Blick auf ländliche Räume. Dort sind per se Unterstützungsnetzwerke dünner und übersichtlicher, während in urbanen Räumen oft eine Mehrzahl unterschiedlicher Unterstützungsoptionen zu finden sind. Auch gibt es im ländlichen Raum den Trend zur Homogenisierung der Meinungen im öffentlichen Raum, der offenen Konfliktkulturen entgegensteht und eine öffentliche Auseinandersetzung zum Beispiel mit Framing-Versuchen und anderen Angriffen deutlich erschwert (vgl. Hüpping/Reinecke 2007).

3. WIE HÄLT DAS COURAGE-NETZWERK ES MIT DER AFD?

Ein Großteil der Angriffe und der jüngsten Framing-Versuche wurde von der AfD gestartet. Die verwendeten Strategien und Muster sind dabei uneinheitlich – teils von Land zu Land, teils von Person zu Person unterschiedlich. Trotzdem braucht es Antworten des Courage-Netzwerkes. Wie positio-

niert es sich zu diesen Angriffen? Und wie geht es im schulischen Rahmen mit den gewählten Vertreter*innen um?

Von Seiten der Bundeskoordination gibt es dazu erste Faustregeln: Das Hausrecht hat die Schulleitung, niemand hat einen Anspruch darauf, zu allen Veranstaltungen eingeladen zu werden, und es kann geeignete Settings mit inhaltlicher Vorbereitung geben, die es vertreten lassen, auch Rechte einzuladen. Diese müssen sich dann der Kritik ihrer Inhalte stellen.

In den Netzwerken gibt es dazu naturgemäß pluralistische Positionen und Auffassungen. Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke solcher Strukturen. Offene Diskurse können dabei helfen, Orientierung in allen Teilen des Netzwerkes zu ermöglichen, sodass durchaus auch unterschiedliche Wege und Erprobungen unter einem gemeinsamen Wertedach möglich sein sollten.

4. WIE REAGIERT DAS NETZWERK AUF ANGRIFFE AUS DEN EIGENEN REIHEN?

In der Diskussion zum Baustein „Antisemitismus von links“ wurde deutlich, dass grundsätzliche Kritik, aber auch Angriffe auf das Netzwerk auch aus den eigenen Partner*innenstrukturen kommen können. Im Gegensatz zur rechten Seite erfolgen diese Angriffe in der Regel anlassbezogen, aber nicht dauerhaft und grundsätzlich. Prägnant ließe sich sagen: Solange es gegen Ungleichwertigkeiten von rechtsextremer Seite geht, wird es kein Problem mit linken Akteuren geben. Werden aber Positionen von linker Seite entsprechend der Gleichwertigkeitsidee kritisiert, ist mit entsprechenden Aggressionen zu rechnen.

Daraus leitet sich die Frage ab: Will das Netzwerk entsprechende Klärungen zum Beispiel zu Fragen von Antisemitismus oder auch zur Gewaltakzeptanz provozieren oder sich lieber um für die schulischen Zwecke zunächst wichtiger erscheinende Fragen kümmern?

Grundsätzlich steht das Netzwerk im gleichen Abstand zu allen Ideologien der Ungleichwertigkeit und damit auch zu allen ihren Vertreter*innen. Grundsätzlich gilt dabei: Jede*r kann zugleich Täter*in und Opfer sein. Das schließt weder aus,

dass Opfer von Diskriminierung selber diskriminieren, noch dass sich die Kooperationspartner*innen, mit denen an vielen Punkten Einigkeit herrscht, an anderen gegensätzlich positionieren. Das trifft nicht nur auf linke Partner*innen zu, sondern beispielsweise auch auf kirchliche, wenn es um Homosexuellenfeindlichkeit geht. Es ist dann Aufgabe des Netzwerkes, sich an den eigenen Wertvorstellungen zu orientieren und entsprechende Positionen zu beziehen, die auch mal konflikthaft ausgetragen werden müssen – auch gegenüber Kooperationspartner*innen und Unterstützer*innen. Wichtig ist dabei, die Netzwerkpartner*innen frühzeitig in entsprechende Diskurse zu integrieren und entsprechendes Handeln zu begründen.

5. WIE GEHT DAS NETZWERK MIT DER KRITIK AUS DER WISSENSCHAFT UM?

Der wissenschaftliche Diskurs zur Rassismusforschung erlebt eine neue Phase der Ausdifferenzierung aber ebenso der Polarisierung, die auch das Courage-Netzwerk erreichte. Das Netzwerk und seine zentralen Akteure blicken persönlich und institutionell auf eine jahrzehntelange Auseinandersetzung mit den Themen des Netzwerkes zurück. Momentan befindet sich Deutschland am Anfang einer weiteren neuen Phase. Diese ist gekennzeichnet durch einige Merkmale, die in der Vergangenheit nicht relevant waren. So sind heute erstmals seit 1945 in Wissenschaft, Politik und Medien Personen aus Minderheitengruppen in relevanter Größenordnung aktiv. Dieser Akademiker*innengeneration entstammen einige Aktive, die ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um Interessen von Minderheiten zu vertreten. Das ist aus Sicht des Netzwerkes ein grundsätzlicher Erfolg und Fortschritt: Dass heute mehr Aktive aus Minderheitengruppen an entscheidenden Stellen der Gesellschaft mitwirken und mitbestimmen, ist eines der Ziele, das Aktion Courage seit Jahrzehnten verfolgt, und daher als Zwischenerfolg einer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik, die das Empowerment benachteiligter Gruppen befördert, zu betrachten.

Teil dieser gesellschaftlichen Entwicklung sind auch die neuen und zu begrüßenden Diskussionen um verschiedene Verständnisse von Rassismus, dessen Bewertungen, Ursachendiskurse und Suche nach Wegen mit dieser Problematik umzugehen.

Das Netzwerk verschließt sich dieser Diskussion nicht, sondern hat sie in der Vergangenheit mittels gezielter Publikationen sogar gefördert. Ein konstruktiver Umgangsweg mit dieser Kritik kann daher nur die Einladung zum Austausch, zum fachlichen Streit und zur gemeinsame Suche nach weiteren gesellschaftlichen Fortschritten sein.

6. SOLL UND KANN DEN FRAMING-VERSUCHEN UNTER ANDEREM IN DEN LANDTAGEN ETWAS ENTGEGENGESETZT WERDEN?

Die Framing-Versuche im linken Spektrum zielen vor allem auf die eigenen politischen Zirkel. Der Vorwurf der Rechtsabweichung dürfte so alt wie das linke Selbstverständnis selbst sein. Hinzu kommt seit mehreren Jahrzehnten der Vorwurf des Neoliberalismus.

Da sich das Courage-Netzwerk explizit nicht als „linkes“ Netzwerk versteht, gibt es keinen Anlass, sich in diese linken Grabenkämpfe zu begeben. Dies bedeutet jedoch nicht, grundsätzlich unkritisch gegenüber den Herrschafts- und Gesellschaftsverhältnissen zu sein, wie ein oft wiederholter Vorwurf lautet. Eher im Gegenteil: Das Netzwerk kritisiert aus einer Wertebasis heraus neoliberale Trends der Bildungspolitik und war eines der ersten Träger, das die Frage des Klassismus zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machten. Es agiert damit inhaltlich und reagiert nicht auf Angriffe.

Anders verhält es sich mit dem aggressiven Framing der AfD. Hier ergibt es Sinn, auf die Grundsätzlichkeit der Debatte und den damit verbundenen Kampf um kulturelle und gesellschaftliche Mehrheiten selbstbewusst und offensiv zu verweisen. Es geht der AfD zumeist nicht um das konkrete Handeln des Courage-Netzwerkes und seiner Teilsysteme, sondern um den Kampf gegen seine grundsätzlichen Werte, sein vermitteltes Gesellschaftsbild und daraus abgeleitete pädagogische Praxen und Schulentwicklungen.

7. WIE SICHERT DAS NETZWERK DEN KONKRETEN OPFERSCHUTZ?

Angriffe zielen auf Verletzungen von Menschen. Opfer von Angriffen brauchen Solidarität, Unterstützung und Schutz und manchmal auch professionelle Hilfen. Wie sichert das Courage-Netzwerk diese Unterstützung und den Schutz von Opfern? Wurden alle Ebenen beachtet? Gibt es Lücken im System?

Das Netzwerk arbeitet dazu mit entsprechenden Fachstellen zusammen und verweist auf deren Fachexpertisen und Angebote. Entsprechende Informationen müssen immer wieder erneuert und netzwerkintern sichergestellt werden.

AUSBLICK UND DANKSAGUNG

Diese Studie war wie so vieles vor der Covid-19-Pandemie anders geplant. Aufbauend auf den Textanalysen sollten Interviews mit Betroffenen im Courage-Netzwerk geführt und somit die Auswirkungen der Angriffe genauer verstanden werden. Solche sensiblen Gespräche brauchen geschützte Räume und Zeiten und können somit nicht per Videokonferenz geführt werden. Dieser Teil der Studie musste deshalb zunächst abgesagt und hoffentlich nur verschoben werden.

Geblichen ist die Chance einer empirischen Analyse von Angriffen auf einen großen Player der Demokratieförderung im schulischen Kontext in Deutschland. Diese füllt eine Lücke der Demokratieforschung und kann als Vorbereitung für darauf aufbauende Analysen verstanden werden.

Unser Dank gilt besonders Sanem Kleff und Eberhard Seidel sowie weiteren Mitarbeiter*innen der Bundeskoordination für das Vertrauen, die vielen Zuarbeiten, Gespräche und Austauschmöglichkeiten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aktion Courage (Hrsg.) (2016):** Lernziel Gleichwertigkeit. Grundstufe, Berlin
- Aktion Courage (Hrsg.) (2016a):** Der Präventionsansatz von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, Berlin
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhardt (1993):** Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Bednarz, Liane (2018):** Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern, München
- Borstel, Dierk (2011):** „Braun gehört zu bunt dazu!“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster
- Borstel, Dierk / Greschner, Deniz (2020):** Demokratieförderung – Eine Einladung zur kritischen Qualitätsdebatte, in: Bozay, Kemal / Borstel, Dierk (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 214-229
- Butterwegge, Christoph u.a. (2008):** Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden
- Demokratie gegen Menschfeindlichkeit, Nr. 1/2019
- Decker, Frank (2004):** Der neue Rechtspopulismus, Opladen
- Gessen, Masha (2020):** Autokratie überwinden, Berlin
- Graf Strachwitz, Rupert (2014):** Achtung vor dem Bürger! Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft, Freiburg
- Hafenecker, Benno / Schönfelder, Sven (2007):** Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin
- Hafenecker, Benno u.a. (2020):** Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will, Frankfurt a.M.
- Heilbronn, Christian / Rabinovici, Doron / Sznajder, Natan (Hrsg.) (2019):** Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Berlin
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992):** Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim/München
- Heitmeyer, Wilhelm (2013):** Systematisiertes Aktionskonzept im lokalen Kontext, in: Grau, Andreas / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel, S. 278-283
- Heitmeyer, Wilhelm (2018):** Autoritäre Versuchungen, Berlin
- Heitmeyer, Wilhelm / Freiheit, Manuela (2020):** Rechte Bedrohungsallianzen, Berlin
- Himmelmann, Gerhard (2002):** Demokratie-lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Breit, Gotthard/ Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie-lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn, S. 21-39
- Hüpping, Sandra / Reinecke, Jost (2007):** Abwärtsdriftende Regionen – Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M., S. 77-101
- Jaschke, Hans Gerd (2011a):** Facetten des Extremismus – eine Begriffsklärung, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 13-30
- Jaschke, Hans Gerd (2011b):** Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 49-94
- Limbach, Jutta (2003):** Die Demokratie und ihre Bürger, München
- Mayring, Peter (1983):** Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim
- Mouk, Yascha (2018):** Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München
- Münkler, Herfried (1997):** Der kompetente Bürger, in: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn, S. 153-174
- Müller, Jan Werner (2013):** Wo Europa endet – Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie, Frankfurt
- Neubauer, Dirk (2019):** Das Problem sind wir. Ein Bürgermeister in Sachsen kämpft für die Demokratie, München
- Neugebauer, Gero (2000):** Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried/ Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 13-37 (herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung)
- Neumann, Peter R. (2017):** Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht, in: Kärger, Jana

(Hrsg.): „Sie haben keinen Plan B“. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention, Berlin, S. 42-56

Nierth, Markus / Streich, Julian (2016): Brandgefährlich. Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht, Berlin

Özdoğan, Mihri / Stief, Antonius (2020): Aspekte rassismuskritischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft, in: Bozay, Kemal / Borstel, Dierk (Hrsg.): Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis, Weinheim/Basel, S. 79-99

Oswald, Michael (2019): Strategisches Framing. Eine Einführung, Wiesbaden

Priester, Karin (2017): Wenn Europäer in den Heiligen Krieg ziehen. Der Dschihadismus als rechtsradikale Jugendbewegung, Frankfurt/New York

Quent, Matthias / Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden

Rabinovici, Doron / Speck, Ulrich / Sznajder, Natan (Hrsg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a.M.

Rommerspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht, Berlin

Schellenberg, Britta (2013): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden

Schmidt, Jürgen (2007): Zivilgesellschaft. Bürgergesellschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart, Reinbek

Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 13-37

Strachwitz, Rupert (2014): Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft, Freiburg/Basel/Wien

Stockhausen, Jette / Fereidooni, Karim (2017): „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ – Eine rassismuskritische Betrachtung der Programmatik. In: SEMINAR – Lehrerbildung und Schule, Jg. 23. Ausgabe 02/2017, Thema: Aus- und Fortbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder, S. 106-124 (peer review)

Theune, Simon / Borstel, Dierk (Hrsg.) (2008): Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, Berlin

Vetter, Reinhold (2017): Nationalismus im Osten Europas, Berlin

QUELLENVERZEICHNIS

- Q01:** Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (Afd) vom 04.10.2016
- Q02:** Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 7/2880 vom 16.05.2018 der Fraktion AfD
- Q03:** <https://www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2018/11/offener-brief-der-afd-fraktion-zur-neutralitaetspflicht-an-schulen/> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q04:** <https://www.andreas-schule.org/2018/11/23/schule-ohne-denunziation-schule-mit-courage/> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q05:** Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/12 127, Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)
- Q06:** Staatsministerium für Kultur Freistaat Sachsen, Geschäftszeichen Z-1053/13/6, Antwort auf die Drucksache 6/13044 vom 04.05.2018
- Q07:** <https://jungefreiheit.de/kolumne/2014/schule-mit-courage/> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q08:** <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/schueler-hoeret-die-signale/> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q09:** <https://www.ulla-jelpke.de/2020/04/mit-bundesmitteln-fuer-unwissenschaftliche-broschue-re-wird-kampf-gegen-antisemitismus-baerendienst-erwiesen/> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q10:** https://www.berliner-woche.de/steglitz/c-politik/empoeerung-ueber-angriffe-auf-fichtenberg-oberschule_a195559 (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q11:** <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-steglitz-rechte-attackieren-fichtenberg-gymnasium/23779576.html> (letzte Einsicht am 19.07.2021)
- Q12:** <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/blinde-flecken-in-der-heilen-multikultiwelt/>
- Q13:** <https://www.arnstrohmeyer.de/autor/> (zuletzt eingesehen am 22.9.20)



ACTIONCOURAGE